

Die kleine Bibliothek Nr. 13

Die bürgerlichen Parteien  
des Deutschen Reichstags

Von Dr. Ludwig Strauß

66

Verlag des Reichs Anzeigers

# Die bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags

Historische Skizzen von  
Dr. Ludwig Frank  
Mitglied des Reichstags

Mit einem Anhang:  
Die Programme der bürgerlichen Parteien  
Deutschlands



Sozialdemokratische Partei  
Deutschlands  
Parteiversammlung  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Bibliothek

Stuttgart  
Verlag von J. S. W. Diez Nachf. G. m. b. H.  
1911

## Einleitung.

Solange nur die verschiedenen Interessengruppen der besitzenden Klassen um die Macht im Staate stritten, blieben die Massen fast unberührt von den Wellen des politischen Kampfes. Im Jahre der Reichsgründung gingen nur 51 Prozent der Wahlberechtigten zur Abstimmung. Dieser Zustand änderte sich, als in der Sozialdemokratie eine große proletarische Partei erwuchs, die den Stimmzettel als Waffe im Klassenkampf benützte. Je wichtiger der Angriff der Besitzlosen wurde, um so heftiger zeigte sich die Abwehr der Herrschenden. Diese Entwicklung prägt sich aus in immer stärkerer Wahlbeteiligung; es stimmten 1898 über 68 Prozent, 1903 über 76 Prozent und 1907 fast 85 Prozent der Berechtigten.

Unwiderstehlich vollzog sich der Vormarsch der Sozialdemokratie. Aber ihr gewaltiges Wachstum erklärt sich nicht bloß daraus, daß in unermüdlicher Aufklärungsarbeit das Klassenbewußtsein geweckt wurde. Es kam als mächtig wirkende Kraft dazu die Industrialisierung des Reiches — in wenigen Jahrzehnten verschob sich das Größenverhältnis der Klassen. Im Jahre 1882 gab es in Deutschland 4 995 000 Selbständige, 1907 waren es 5 322 000. Dagegen war die Zahl der Arbeiter und Angestellten im gleichen Zeitraum von 11 012 000 auf 19 127 000 gestiegen. Diese Ziffern gelten für Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zusammen. In Industrie, Handel und Verkehr (ohne Landwirtschaft) gab es 1882 unter 100 Erwerbstätigen 45 Selbständige, 1907 nur noch 20.

Den Millionen Männern und Frauen, die der Kapitalismus in Unfreiheit und Abhängigkeit gestoßen hat, kündigt der Sozialismus die Botschaft der Erlösung. Aber es ist für sie nicht

leicht, zur Erkenntnis ihrer Lage zu kommen, weil Schule, Kirche und bürgerliche Presse zusammenwirken, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu verschleiern. Die herrschenden Parteien treiben hinter nationalistischen oder religiösen Kulissen ihre Ausbeuterpolitik.

Zur Aufklärung über diese Tatsachen beizutragen, bezwecken meine anspruchslosen Versuche über die Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland.

## Die Konservativen.

Die Ritterschaft und die Geistlichkeit, die alten herrschenden Stände, verstanden sich in Preußen klug und schnell der neuen Zeit anzupassen. Die Mächte des Beharrens wehrten sich auf dem veränderten Kampffeld mit modernen Waffen, mit Vereinen, Versammlungen und Zeitungen.

Schon im Jahre 1810, als die Hardenberg'sche Agrargefetzgebung die Adelsvorrechte bedrohte, schloß sich in Berlin unter der Leitung Achim v. Arnims die „Christlich-deutsche Tischgesellschaft“ zusammen. Sie setzten sich als Ziele: Christentum, Königtum, Kampfe gegen die französische Fremdherrschaft und Schutz historisch gewordener Rechte, worunter sie die Junkerprivilegien verstanden. Zu den Mitgliedern gehörten G. v. Bülow, Leopold v. Gerlach, Prinz Sichnowsky, Professor v. Savigny, W. v. Boß, Adam Müller. Sie gaben vom 1. Oktober 1810 ab eine kurze Zeit die „Berliner Abendblätter“ heraus — Heinrich v. Kleist war Redakteur. — Die Befreiungskriege machten den liberalen Reformhoffnungen ein Ende, auch die literarische Gegenbewegung hörte auf. Als aber durch die französische Revolution von 1830 das Bürgertum neu aufgerüttelt wurde, gründete ein Herr v. Radowiz das „Berliner politische Wochenblatt“, das seine konservativen Formeln hauptsächlich aus Ludwig v. Hallers „Restauration der Staatswissenschaft“ holte. Die Zeitung erschien bis 1841. Von 1845 ab gab der Professor Viktor Wilm's Guber, von der preussischen Regierung protegiert, eine Halbmonatschrift mit ähnlicher Tendenz heraus: „Janus, Jahrbücher deutscher Gesinnung, Bildung und Tat“; das Blatt blieb einflußlos und wurde fast nicht gelesen. Besser sollte ein anderer Versuch gelingen, der im Jahre 1848 unternommen wurde.

Bald nach dem Berliner Zeughaussturm bildete sich das Komitee der „Neuen Preussischen Zeitung“, die im Zeichen des Kreuzes für die bedrohten Vorrechte des Hof- und Grundadels fechten sollte. Die Gründer, die das nötige Kapital von 20 000 Talern zusammenbrachten, waren folgende Junker: Graf Boß, Herr v. Bethmann Hollweg, Graf v. Finkenstein, Baron Senfft v. Pilsach-Sandow, Graf von der Goltz, Gerichtspräsident Lud-

wig v. Gerlach und sein Bruder General Leopold v. Gerlach. Der bürgerliche Syndikus dieses adeligen Verwaltungsausschusses war der Gerichtsaffessor a. D. Hermann Wagener, der erste, sehr begabte Redakteur des Blattes. Die rückwärts gerichteten Ziele der Gruppe ergeben sich aus folgenden Programmsätzen:

„Wir werden das Recht von oben gegen die willkürliche Rechtsbildung von unten nach einem nirgend dargetanen, bloß vorgeschützten Rechtswillen, die Obrigkeit von Gottes Gnaden gegen selbstzufehende und selbstzufehende Machthaber vertreten, die geltende Rechtsordnung und die dadurch geschützten Interessen gegen offene und versteckte Gewalt, gegen das Andrängen eines alle Ungleichheit nicht aufhebenden, sondern umkehrenden Radikalismus verteidigen. Zugleich werden wir aber in der neuen Ordnung der Dinge, die wir mit ihren Verheißungen ernst beim Worte nehmen, diejenigen Elemente aufweisen, welche wahre Realität und Inhalt haben, die lebensfähigen Triebe (unter organischer Anknüpfung an das geschichtlich Gegebene) zu positiven Bildungen und wirklichen Lebensmächten zu entwickeln und so zu zeigen suchen, wo wahre Freiheit und wahrer Fortschritt liegt.“

Die Zeitung wurde bald zur Sammelfstätte aller gegenrevolutionären Kräfte. Sie bekämpfte in den ersten Monaten ihres Bestehens die Regierung, die noch unter dem Druck der Volksbewegung stand. Sie war königlicher als der König, aber dabei keines geheimen Beifalls sicher. Nachdem im November 1848 durch einen Staatsstreich die Früchte der Märzerhebung fast ganz vernichtet waren, gelang es den Männern der „Kreuzzeitung“, der sogenannten „Kamavilla“, den König Friedrich Wilhelm IV. und durch ihn Preußen vollständig zu beherrschen. Dem nationalen Ziele eines deutschen Einheitsstaates wurde ein beschränktes Preußentum entgegengestellt. Hegels Philosophie, die in den letzten Jahrzehnten eine Art Staatsreligion gewesen war, wurde verdrängt durch die Rückkehr zu starrem, unduldsamem Kirchentum. Der Adjutant Leopold v. Gerlach, der Hausminister Senfft v. Pilsach und einige andere geistliche und weltliche Uniformträger wußten den romantisch-frömmelnden Neigungen des Fürsten geschickt zu schmeicheln und ihn mit dem Neze ihrer Pläne zu umspinnen. Sie rühmten ihm dankbar nach, er habe als seinen Beruf erkannt, „vom Throne herab das Banner zu entfalten für die ewigen Wahrheiten des Glaubens und des Rechtes wider den verneinenden Lügengeist der Zeit

— er heiße Revolution, Rationalismus und Liberalismus, Zivilisation oder Ideen von 1789“.

Die Konsequenz dieser Überzeugungen wäre die Aufhebung der Verfassung und die Rückkehr zu ständischer Gliederung gewesen. Aber so weit magte die „kleine, aber mächtige Partei“ nicht zu gehen. Sie zog es vor, die Konstitution auszuhöhlen oder ihr, soweit Ergänzungsgeetze nötig waren, keinen Inhalt zu geben. Der Staatsrechtslehrer an der Universität Berlin, Friedrich Julius Stahl, der in seinen Schriften und Reden das historische Recht gegen das Naturrecht, den christlichen Staat gegen den Vernunftstaat verteidigte, sprach in der Ersten Kammer am 24. Februar 1853 offen aus:

„Man kann sagen, unsere Verfassung ist in vieler Hinsicht nur dadurch eine Möglichkeit, daß sie keine Wirklichkeit ist.“

Die Grundsätze der Gewissensfreiheit, der Rechtsgleichheit, der Ministerverantwortlichkeit werden dadurch unschädlich gemacht, daß Gesetzgebung und Verwaltung sie nicht ausführen.

Wenn auch der Antrag des Grafen v. Saurma-Jeltsch und des Fürsten Reuß, die Verfassung vom 31. Januar 1850 wieder aufzuheben, keinen Erfolg hatte, so war doch der Kern des Absolutismus gerettet und die Mitwirkung des Volkes zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Jubelnd rühmt sich Stahl in einer Rede vom 26. Januar 1852 dieser konservativen Leistungen:

„Die Kammern haben den Verfassungseid der Armee beseitigt, die Kammern haben das Steuerverweigerungsrecht verworfen, die Kammern haben die Praxis festgestellt, daß die Ausgaben des öffentlichen Dienstes fortlaufen bis zur Vereinbarung des neuen Budgets; die Kammern haben die Anklage der Minister abgelehnt. Es ist hierdurch erreicht, daß die preußische Krone unabhängig steht von den Kammern.“

Zugunsten der feudalen Herren wurde die bisher wählbare Erste Kammer in ein vom Adel beherrschtes Herrenhaus umgewandelt. Durch Verordnung vom Mai 1851 wurde anstatt der ziemlich freien Gemeindeverfassung die gutsherrliche Polizei wiederhergestellt und der Einfluß der Ritterschaft in den Kreis- und Provinzialvertretungen verstärkt. Die Beamten wurden in widerlicher Weise bespizelt, nur eifrige Kirchengänger konnten auf Beförderung rechnen. Die Presse wurde verfolgt und gefnebelt. Der Übereifer des Polizeipräsidenten v. Hinkeldey

wandte sich sogar gelegentlich gegen die „Kreuzzeitung“ selber. Das Abgeordnetenhaus, berüchtigt unter dem Namen „Landratskammer“, unterstützte diese Wirtschaft. Die Konservativen, die seit 1855 mit 181 Mann im Parlament saßen, waren zwar in mehrere Gruppen gespalten, aber einig in dem Vertrauen zu der milderischen Junckerregierung.

Noch im Jahre 1856 konnten die Abgeordneten Wagener und Leopold v. Gerlach beantragen, aus der Verfassung den Artikel 4 zu streichen, nach dem alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind. Aber der Hochmut kam auch hier vor dem Fall. Als 1858 für den geisteskranken Friedrich Wilhelm IV. Prinz Wilhelm die Regierung übernahm, wurde ein liberal angehauchtes Ministerium berufen und der Einfluß der „pietistischen Kamarilla“ abgeschwächt. Der neue Herr war in seinen innerpolitischen Anschauungen nur wenig von seinem Bruder zu unterscheiden. Aber er wußte, daß die Ausdehnung seiner Hausmacht nur im Kampfe gegen Österreich möglich sei. Friedrich Wilhelm IV. hatte seine auswärtige Politik der inneren Politik untergeordnet. Weil es ihm widerstrebte, gegen Österreich, die große Schutzmacht der europäischen Reaktion, ernstlich sich zu wenden, gelangte er schließlich zu demüthiger Unterwerfung unter die Wünsche der Petersburger und Wiener Höfe. Die diplomatische Niederlage von Olmitz hatte dem Ansehen Preußens schwere Wunden geschlagen. Es war nur die Konsequenz der veränderten Stellung gegen Österreich, wenn jetzt in der inneren Politik eine sogenannte „neue Era“ begann.

Die Altliberalen, die Vertrauensleute des maßvollsten Spießbürgerliberalismus, beherrschten die Kammer. Als aber die Demokratie die zehn Jahre lang geübte Wahlenthaltung aufgab, gewann die neu entstandene Fortschrittspartei die parlamentarische Mehrheit. Die Konservativen schrumpften zu einem kleinen Häuflein zusammen. Sie hatten 1862 noch ein knappes Duzend Vertreter, und erst 1868 wuchsen sie wieder zu einer Fraktion von 35 Mitgliedern an. Ihre Bedeutung bestand in jenen Jahren darin, daß sie im Abgeordnetenhaus die staatsrechtlichen Kleinsteilen unterstützten, mit denen während des Militärkonfliktes Bismarck seinen Verfassungsbruch zu verschleiern suchte.

Als nach dem Kriege von 1866 der Ministerpräsident, der nicht gleichzeitig gegen Frankreich und das preußische Bürgertum Krieg

führen wollte, einen Frieden mit dem Abgeordnetenhaus suchte, begann die Entfremdung zwischen ihm und den Konservativen. Die Indemnität, die von der Regierung bei dem Parlament nachgesucht wurde, konnte so ausgelegt werden, daß nachträglich die Verletzung des Budgetrechtes eingestanden und somit dem Volkswillen formell nachgegeben wurde. Die Konservativen waren wieder einmal königlicher als der König und wandten sich deshalb gegen die Vorlage. Eine kleine Gruppe unter Führung des Prinzen Karl Hohenlohe zweigte sich von ihnen ab und bildete die Freikonservative Fraktion, deren Ziele sich in der Unterstützung Bismarcks erschöpften.

Im Laufe der Entwicklung mußten die Konservativen sich immer mehr in Gegensatz zur Politik der Regierung stellen. Es war mit den Grundfäden des Gottesgnadentums nicht zu vereinbaren, daß Bismarck ein paar Landesherren vom Throne jagte. Der König von Hannover war so gut „angestammter“ Herrscher wie der Hohenzollernfürst. An der Einigung der deutschen Länder hatten die Konservativen nicht das gleiche Interesse wie das liberale Bürgertum. Einer ihrer geistreichsten Köpfe, Leopold v. Gerlach, sprach gelegentlich von dem „Laster des Patriotismus“, und das Programm des konservativen preussischen Volksvereins von 1862, der als Gegenorganisation gegen den Nationalverein gedacht war, erwähnt verächtlich den „Nationalitätenschwindel“!

Die großen wirtschaftlichen Vorteile der so lange umstrittenen Einheit lockten die Grundbesitzer nicht sehr. Einheitliches Maß und Gewicht, freier Binnenverkehr, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, dann einheitliches Handels- und Wechselrecht waren für die Unternehmer, deren Interessen der Liberalismus vertrat, wichtige große Ziele, nicht aber für die Machthaber der versinkenden Epoche, die konservativen Ritter. Dem Ausbau des Reiches leisteten sie deshalb passiven und aktiven Widerstand, sie blieben, was sie waren, preußische Partikularisten. Als am 9. November 1871 der nationalliberale Führer Basker beantragte, dem Reich auch die Gesetzgebung über bürgerliches Recht und Strafrecht zu übertragen, stimmten die Konservativen zusammen mit dem Zentrum dagegen. Als Bismarck, durch seinen Kampf mit der katholischen Kirche vorwärtsgedrängt, die geistliche Schulaufsicht in Preußen beseitigte, wurde der Gegensatz verschärft. Und als endlich in

einer neuen Kreisordnung der Einfluß des Junkertums zugunsten der Städtevertreter etwas eingedämmt werden sollte, kam es zu offenem Bruch. Das Herrenhaus leistete erbitterten Widerstand, und Bismarck mußte 1872 eine größere Zahl regierungsfrommer Herrenhäusler ernennen lassen, um seinen Willen durchzusetzen. Die konservative Partei spaltete sich in Altkonservative, die an der Seite der Klerikalen standen, und in Neukonservative, die bedingungslos Bismarck folgten. Es waren 1873 im preußischen Abgeordnetenhaus 6 Altkonservative und 24 Neukonservative.

Der Kampf gegen den Reichskanzler, der den konservativen Grundsätzen abtrünnig geworden zu sein schien, wurde rücksichtslos geführt. Die „Kreuzzeitung“ beschuldigte ihn in den berühmten gewordenen fünf Artikeln über die „Ara Bleichröder“, er habe durch die Verbindung mit diesem schlauen Finanzmann unter Anwendung unlauterer Mittel sein Vermögen vergrößert. Die offiziöse „Provinzialkorrespondenz“ erwiderte darauf:

„Die betreffenden Darlegungen bieten — — — eine so absolute Unfähigkeit zur Beurteilung politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse, eine so schwere Geistesverwirrung und -verwirrung, vor allem aber eine so niedrige sittliche Auffassung, daß es der Achtung vor der preußischen und deutschen Regierung zuwider wäre, gegen solche gewissenlose Schmähungen ein Wort der Rechtfertigung zu verlieren.“

Bismarck selbst brandmarkte die „Kreuzzeitung“, deren fleißiger Mitarbeiter er in seinen jungen Tagen gewesen war, als gemeingefährliches Verleumderblatt und warnte davor, sich durch Abonnement zum Mitschuldigen an ihrem erbärmlichen Gebaren zu machen. Gegen diesen Angriff protestierten zahlreiche Freunde des frommen Organs mit ihrem vollen Namen, sie wurden unter der Bezeichnung „Deklaranten“ oft genannt.

Aber während dieser Kampf äußerlich am lautesten tobte, war der Reichskanzler innerlich wohl schon entschlossen, von den Liberalen abzurücken und wieder konservativen Anschluß zu suchen. Es mögen persönliche Gründe diese Wendung mitbestimmt haben: Manche seiner besten Freunde hatte er durch seine „liberale“ Politik verloren. Jugenderinnerungen, Familientradition und auch eigene Neigung zogen ihn auf die rechte Seite der Parteien. Dazu kamen höfische Widerstände. Nur zögernd und widerwillig ließ sich Kaiser Wilhelm I. dazu herbei, gegen

Kirchentum und Junkertum zu regieren. Die Kaiserin begünstigte offen die klerikalen Politiker. Auch finanzpolitische Ursachen wirkten in gleicher Richtung. Bismarcks Wunsch, das Reich finanziell selbstständig zu machen, wurde von den Liberalen nicht unterstützt. Weder der Gedanke, die Eisenbahnen in das Eigentum des Reiches zu überführen, noch der Plan, ein Tabakmonopol zu schaffen, konnte verwirklicht werden.

Der liberale Widerstand erklärte sich nicht bloß aus der Tendenz, das Privatkapital zu schonen, sondern auch aus dem Bestreben, zu verhindern, daß durch große Reichsbetriebe die Regierung fast unabhängig von dem Budgetrecht der Volksvertretung werden könnte. Der selbstherrliche Kanzler konnte es nicht ertragen, wenn sich ihm ein fremder Willen entgegenstellte, und die Kluft zwischen ihm und dem Bürgertum wurde noch vertieft, als die nationalliberale Partei für ihre jahrelang treu geleisteten Dienste Belohnung verlangte, Ministerposten für die Führer und Rücksicht auf die Beschlüsse der Mehrheit. Nur zum Schein ging Bismarck später auf die liberalen Forderungen ein und verhandelte monatelang mit Bennisgen über den Eintritt nationalliberaler Abgeordneter in das Ministerium.

Es kam dem Kanzler sehr gelegen, als im Jahre 1876 der Versuch gemacht wurde, aus den Trümmern der konservativen Partei einen neuen Bau zu errichten. 27 Männer aus verschiedenen Bundesstaaten erließen einen Aufruf zur Gründung einer deutsch-konservativen Partei. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Bismarck den Plan kannte und billigte. Sicher ist, daß er damals schon über die wichtigste Frage der Tagespolitik, den Kulturkampf, ähnlich dachte wie die Verfasser des konservativen Bockrufs:

„Wir betrachten den kirchenpolitischen Streit, der als Kulturkampf vom Liberalismus zum Kampfe gegen das Christentum ausgebeutet wird, als ein Unglück für Reich und Volk und sind bereit, zu dessen Beendigung mitzuwirken.“

Die meisten Programmsätze des Aufrufs sind alte Bekannte aus der Reaktionszeit. „Die monarchischen Grundlagen unseres Staatslebens“, „Selbstverwaltung, gegründet nicht auf das allgemeine Wahlrecht, sondern auf die natürlichen Gruppen und organischen Gliederungen des Volkes“, „die konfessionelle christliche Volksschule“!

An anderen Forderungen erkennen wir die Wirkung der kapitalistischen Entwicklung: Gegen die schrankenlose Gewerbefreiheit und Freizügigkeit wird im Interesse der bedrohten Stände die „wirtschaftliche Gesetzgebung“ angerufen, und aus der Kagenjammerstimmung des eben überwundenen Gründerstaudals heraus wird verlangt, daß der Staat „die redliche Erwerbsarbeit gegen das Überwuchern der Spekulation und des Aktienunwesens“ schütze. Zugunsten der Lohnarbeiter (nicht der ländlichen) wird eine „wirksame Fabrikgesetzgebung“ gefordert, gleichzeitig aber werden die „sozialistischen Irrlehren“ bekämpft.

Der Aufruf und die Gründung neuer Vereine hatten zunächst keinen großen Erfolg. Es wurden 1877 in den Reichstag nur 40 Konservative und 38 Freikonservative (Reichsparteiler) gewählt, aber 1878 waren es schon 59 Konservative und 57 Freikonservative. Im preussischen Abgeordnetenhaus saßen 1877 nur 41 Konservative (gespalten in 10 Altkonservative und 31 Neukonservative) und neben ihnen 35 Freikonservative. Schon 1879 aber waren sie zu 110 Konservativen (jetzt wieder geeinigt) und zu 51 Freikonservativen angewachsen.

Unter der Protektion Bismarcks verbanden sich die Konservativen und die Merkantilisten zum Schutze der „nationalen Arbeit“.

Die Konservativen waren nicht immer Schutzzöllner gewesen. In den Flitterwochen der „Kreuzzeitung“ schrieb ein Leser an den Redakteur Wagener: „Wir Pommern sind alle Freihändler“, und in manchem Artikel des Blattes, selbst noch Mitte der siebziger Jahre, wurde nachgewiesen, daß es gottlos sei, die natürlichen Produktionsbedingungen eines Landes durch Schutzzölle ändern zu wollen. Damals waren eben die Junker noch Getreideexporteure. Als aber billiger überseeischer Weizen eingeführt wurde, wandelte sich ihre wirtschaftliche Überzeugung rasch. Damals wurde zwischen den nach Eisenzoll rufenden Großindustriellen und den Weizenzoll fordernden Großgrundbesitzern jenes Bündnis geschlossen, das heute noch besteht und die politische Entwicklung des Reiches hemmt. Die vorher waren so offen eigene Interessen von Volksvertretern verteidigt worden, wie bei der Beratung des Zolltarifs von 1879. „Im Reichstag war ein großer Teil der Gesetzgeber mit ihrem Vermögen stark bei den Entscheidungen beteiligt. — — Es wird sich freilich nie vermeiden lassen, daß in Parlamenten Abgeordnete im Sinne ihres

Privatinteresses mitstimmen, aber es ist schlimm, wenn die Beteiligten sich so vorzudrängen und eine so maßgebende Rolle spielen wie im letzten Reichstag und die Regierung sie dabei unterstützt,“ so urteilt der nationalliberale Abgeordnete v. Unruh in seinen „Erinnerungen“.

Die Konservativen blieben von 1878 an ununterbrochen der Kern der Regierungsmehrheit. Fast in allen wirtschaftlichen Fragen wurden sie durch das Zentrum unterstützt. So oft die Leute Windthorst's aus Rücksicht auf die Zentrumsarbeiter und Kleinbürger die Gefolgschaft versagten, waren die Nationalliberalen immer bereit, die Lücke auszufüllen. Dies geschah bei den Polizeigesetzen gegen die Sozialdemokratie und bei den Militärvorlagen.

Als im Jahre 1887 der Vorschlag, eine neue erhöhte Heeresstärke auf sieben Jahre festzulegen (das sogenannte Septennat), abgelehnt wurde, löste Bismarck den Reichstag auf und vereinigte die Minderheitsparteien, Konservative, Freikonservative und Nationalliberale, zu dem Kartell. Die Konservativen machten dabei sehr gute Geschäfte. Sie erhielten 80 Sitze, eine Zahl, die von ihnen vorher und nachher nicht erreicht wurde. Die Reichsparteiler wuchsen auf 41 Sitze, so daß die beiden konservativen Gruppen zusammen mit den Nationalliberalen die Mehrheit hatten. Die Konservativen wußten ihre parlamentarische Macht auszunützen. Sie verlängerten die Legislaturperiode, die bisher drei Jahre betragen hatte, auf fünf Jahre. Zugunsten der großen agrarischen Beamtenweimbrennereien führten sie Steuererleichterungen (die sogenannten Liebesgaben) ein.

Auch bei den nächsten Wahlen (1890) wurde das Kartell erneuert, obwohl die „Kreuzzeitung“, deren Hauptredakteur der Stöckerfreund v. Hammerstein war, das „unchristliche“ Kartell bekämpfte und es (im September 1889) als „eine Regierung des Goldes der alten preussischen konservativen Prinzipien mit dem unedlen Metall des Liberalismus“ bezeichnete. Kaiser Wilhelm II. griff persönlich ein, tabelte die „Kreuzzeitung“, disziplinierte den Hofprediger Stöcker und bezeichnete das Kartell als „eine den Grundsätzen seiner Regierung entsprechende politische Gestalt“. Aber auch diese hohe Empfehlung konnte die verbündeten Reaktionsäre nicht vor einer schweren Niederlage bewahren. Die Konservativen verloren 7 Mandate, die Freikonservativen 21



und die Nationalliberalen 57, so daß die alte Kartellmehrheit vernichtet war. Der Besitzstand der Konservativen wurde gleichzeitig von innen heraus bedroht, durch antisemitische und mittelständlerische Bewegungen splitterten von ihnen Teile der Beamten, Handwerker und Kleinbürger ab. Unter den Landwirten zeigten sich Bestrebungen, die Grundbesitzer wirtschaftlich zu organisieren und demagogisch zu leiten. In Berlin versuchte der Hofprediger Stöcker die Arbeiter unter der christlich-sozialen Fahne zu sammeln.

Um die auseinanderstrebenden Kräfte wieder zusammenzufassen und beieinanderzuhalten, wurde dann im Jahre 1892 das sogenannte Livoli-Programm geschaffen, genannt nach der Brauerei Livoli, in der die beschließende Versammlung tagte. Die alten grundsätzlichen Forderungen von 1876 wurden, zum Teil wörtlich, übernommen.

Das Bekenntnis zum Königtum wird besonders stark betont mit den Worten: „Wir wollen die Monarchie von Gottes Gnaden unangetastet erhalten wissen.“

Die Forderung der konfessionellen Schule wird erläutert durch den Satz: „Wir verlangen christliche Lehrer für christliche Schüler.“

Der antisemitischen Bewegung kommt man entgegen durch die Worte: „Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit.“

Wichtig ist in dem Programm die wirtschaftliche Seite, die Forderung starken Zollschutzes gegen das Ausland für die Industrie und die Landwirtschaft.

Für das Handwerk wird der Befähigungsnachweis und die Stärkung der Innungen gewünscht.

Dem gewerblichen Mittelstand wird die Beschränkung des Hausierhandels und der Abzahlungsgeschäfte und die Beseitigung der Wanderlager versprochen.

Gegen die Börse, besonders soweit sie durch Zeitgeschäfte auf die Getreidepreise Einfluß gewinnen kann, werden gesetzliche Maßregeln gefordert.

Wenn auch in etwas verschleierter Form, wird wieder ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterbewegung verlangt. In § 14 des Programms heißt es:

„Diejenigen Anhänger der Sozialdemokratie und des Anarchismus, deren vaterlandslose und auf den Umsturz gerichtete Bestre-

hungen weite Kreise unseres Volkes gefährden, sind als Feinde der staatlichen Ordnung zu bekämpfen.“

Die Konservativen hatten im Jahre 1878 für das Sozialistengesetz gestimmt und waren immer für die Verlängerung eingetreten. Im Jahre 1889 hatten sie nur deshalb eine andere Stellung eingenommen, weil sie glaubten, Bismarck habe an einem abgeschwächten Ausnahmegesetz kein Interesse. So oft aber in den folgenden Jahrzehnten der Plan eines Ausnahmegesetzes wieder auftauchte, fand er die Unterstützung der konservativen Parteien. Wie widersinnig gerade vom Standpunkt des Staatsinteresses aus dieses Verhalten war, ergibt sich aus dem Urteil, das der frühere Redakteur der „Kreuzzeitung“, Wagener, in seinen Erinnerungen fällt:

„Was eine soziale Ausnahmegesetzgebung leisten kann, beschränkt sich darauf, den Verkehr der sozialistischen Agitatoren mit ihren Hinterleuten für eine Zeitlang zu erschweren und aus den öffentlichen Versammlungen in heimliche Konventikel zu drängen. — Man empfindet es in jenen Kreisen (bei den Arbeitern) nicht bloß als einen Widerspruch, sondern fast als eine benutzte Fronte, die Arbeiter auf den gesetzlichen Weg zu verweisen und ihnen diesen gesetzlichen Weg, wenn auch nicht geradezu zu verschließen, so doch mit allen möglichen Hindernissen zu umgeben.“

Früher hatten die Konservativen eine freundlichere Haltung zu den Arbeiterforderungen gezeigt. Sie sahen es nicht ungern, daß die aufsteigende Bürgerklasse im Kampfe um die politische und wirtschaftliche Macht in den Proletariern einen neuen Gegner erhielt. Solange nur für die Arbeiter der Industrie Schutzmaßregeln verlangt wurden, waren die Konservativen bereit, mitzumachen. Im norddeutschen Reichstag beantragte der konservative Abgeordnete v. Brauchitsch im Jahre 1869 den zwölfstündigen Normalarbeitstag für die Fabrike. Im gleichen Jahre wurde von den konservativen Abgeordneten Wagener und Genossen die Einführung von Fabrikinspektoren und das Verbot der Fabrikarbeit von Kindern unter 14 Jahren beantragt. Als aber 33 Jahre später im deutschen Reichstag das Kinderschutzgesetz beraten wurde, kämpften die Konservativen leidenschaftlich gegen die Ausdehnung des Schutzes auf die jungen Landarbeiter. Während der Dauer des Sozialistengesetzes (von 1878 bis 1890) unterstützten die Konservativen die

soziale Gesetzgebung gegen Unfall, Krankheit und Invalidität. Sie fühlten sich mit der Polizeiregierung verpflichtet, den besitzlosen Massen als Gegengewicht gegen die Entrechtung ein gewisses Maß materieller Fürsorge zu gewähren.

Als Anfang der neunziger Jahre die Getreidepreise stark sanken, traten alle Rücksichten und überlieferten Hemmungen zurück hinter dem Bestreben, die Grundrente zu steigern. Bismarcks Nachfolger, den General Caprivi, bekämpften die Konservativen rücksichtslos, weil seine Handelsverträge den Brotnucher etwas zu spüren drohten. Fast alle Konservativen stimmten gegen den russischen Handelsvertrag. Für die Handelsverträge von 1892 traten nur 28 Konservative und Freikonservative ein, während 36 mit nein stimmten und 17 bei der Entscheidung fehlten.

Der Widerstand gegen eine Wirtschaftspolitik, die neben der Landwirtschaft auch die Industrie berücksichtigen wollte, führte im Jahre 1893 zur Gründung des Bundes der Landwirte, der nach kurzer Zeit schon durch seine gute Organisation, seine reichen Geldmittel und seine Presse die konservative Taktik beherrschte. Mit naiver Selbstverständlichkeit wurde verlangt, daß alle Interessen des Staates den agrarischen Forderungen untergeordnet würden. Am 24. November 1893 schrieb die „Kreuzzeitung“: „Wir müssen den Handelsvertrag mit Österreich und Italien zerreißen und wenn's mit dem Schwert in der Faust sein muß!“ Es ist besonders bezeichnend für den Patriotismus der Großgrundbesitzer, daß diese drohende Sprache gegen zwei befreundete Staaten gebraucht wurde; der Dreibund wurde sonst immer als politische Großtat Bismarcks gepriesen. War so die Politik der Konservativen geeignet, die weltpolitische Stellung des Reiches zu gefährden, so opferten sie auch in der inneren Politik ihre alten Grundsätze dem heiligen Geldbeutel. Stahl hatte einst die Staatslehre der Konservativen zusammengefaßt in die berühmten Worte: „Autorität, nicht Majorität!“ Jetzt aber höhnte der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Herr v. Plöb, am 18. Februar 1895 in einer Versammlung im Feenpalast in Berlin: „Wir stützen die Autorität, aber es muß nur die richtige sein.“ Der Abgeordnete v. Dieß-Daber drückte sich auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch am 18. Februar 1896 noch gröber aus: „Was

der Minister sagt oder nicht sagt, kann uns schnuppe sein — — die können uns sonst was, diese — —.“ Gemeint waren der preussische Landwirtschaftsminister v. Hammerstein und seine Kollegen.

Der Geist rücksichtsloser Interessenvertretung zeigte sich bei den verschiedensten Gelegenheiten immer wieder. Im Jahre 1894 beantragte Graf Kanitz, daß nur das Reich ausländisches Getreide und ausländische Mühlenfabrikate einführen dürfe, und daß Mindestpreise festgelegt werden sollten. Im Sommer 1896 nahmen die konservativen Führer v. Kardorff, Dr. Köfide und v. Plöb am internationalen Agrarkongreß in Budapest teil, wo sie eine Erhöhung der Getreidepreise anbahnen wollten. Die gleichen Herren, die den Arbeitern vorwerfen, daß sie internationale Verbindungen pflegen, waren bereit, sich international zu organisieren. Gegen den Ausbau der Verkehrsstraßen, der Wasserwege und überhaupt gegen die Verbilligung der Transportmittel, wendeten sie sich, um zu verhindern, daß ausländische Bodenerzeugnisse billig eingeführt werden könnten. Sie taten dies unbekümmert um die Interessen der Allgemeinheit und um das Ansehen der Regierung.

Der Abgeordnete Graf Kanitz bekämpfte 1899 im preussischen Abgeordnetenhaus die Kanalvorlage in folgender recht unhöflichen Weise: „Wenn in Amerika ein solches Projekt eingebracht würde, so würde sein Urheber für verrückt erklärt.“

Bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs (1896) drohten die Konservativen den Sitzungsaal zu verlassen und so das Haus beschlußunfähig zu machen, wenn im Gesetz bestimmt würde, daß die Jäger für den Wildschaden von Hasen und Wechselwild Ersatz leisten müßten. Höher als die nationale Aufgabe der deutschen Rechtsinheit stand ihnen das billige Jagdvergnügen der Junker und Offiziere. Gelegentlich schreckten sie auch nicht davor zurück, mit einem offenen Wechsel ihrer innerlich wurzelsaulen Staatsgesinnung zu drohen. In dem Aufruf zur Gründung des Bundes schlug Herr Rupprecht-Ransern vor, unter die Sozialdemokraten zu gehen, und noch 1902 drohte das konservative „Sächsische Vaterland“ mit der Möglichkeit einer „Vereinigung der Bauern mit den Proletariern“.

Die veränderte Stellung zu den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der Arbeiterklasse ist verursacht durch den Kampf

um die Erhöhung der Grundrente. Die großen Güter leiden Mangel an Arbeitskräften. Niedrige Löhne, schlechte Behandlung, ungemessene Arbeitszeit, erbärmliche Wohnungen treiben die Landarbeiter in hellen Scharen fort in die Industriegebiete und in die großen Städte, wo durch die Gewerkschaften meist schon erträglichere Arbeitsbedingungen errungen sind. Die Konservativen sehen also in den Kampforganisationen des Proletariats diejenigen Mächte, die indirekt an der „Deutenot“ schuld sind. Sie unterstützen deshalb die Industriescharfmacher. Sie sind bereit, durch Zuchthausgesetze und Polizeischikanen die Lohnbewegungen zu hemmen oder unmöglich zu machen. Sie sind nur in ganz seltenen Fällen noch für Ausdehnung des Arbeiterschutzes zu haben. Sie beantragten sogar Aufhebung der Bäckereiverordnung des Bundesrats, obwohl sie durch ein überreiches Material schwerster Mißstände begründet war. Die Knebelung der Arbeiter, die Verherrlichung der Streifbrecher und die Maßregelung organisierter Proletarier rechtfertigen sie mit konservativ klingenden Phrasen über die Autorität des Unternehmers, die geschützt werden müsse gegen den Umsturz. Weil die politische Vertretung der Arbeiterklasse am kräftigsten die Konsumenten, also die breiten Massen, gegen die agrarische Ausbeutung verteidigt, richtet sich der Angriff der konservativen Partei immer mehr und immer gehässiger fast ausschließlich gegen die Sozialdemokratie. Sie schrecken nicht davor zurück, gegen sie Verfassungsbruch und Staatsstreich zu empfehlen. Am 28. März 1895 verlangte Graf Mirbach im preussischen Herrenhaus die Abschaffung des Reichstagswahlrechts:

„In allen ländlichen Kreisen und weit über diese hinaus würde es mit Jubel begrüßt werden, wenn die verbündeten Fürsten sich dazu entschließen, einen neuen Reichstag auf der Basis eines neuen Wahlrechts ins Leben treten zu lassen, und zwar unverzüglich. Die zu lösende Aufgabe ist schwierig, aber auf keinem Gebiet wäre das Wort zu spät verhängnisvoller wie hier; es würde gleichbedeutend sein mit dem Inkrümmergehen des Deutschen Reiches. Ich erlaube mir vorhin zu bemerken: die Aufgabe sei nicht leicht zu lösen. Alexander der Große stand auch vor einer schweren Aufgabe und löste sie sehr schnell.“

Auch im Reichstag wiederholte am 8. Februar 1896 Graf Mirbach seine Aufforderung zum Verfassungsbruch. Er empfahl

die Abschaffung des geheimen Wahlrechts und Erhöhung des für die Wahlfähigkeit erforderlichen Alters. In ähnlicher Weise äußerten sich viele andere konservative Führer. Der Abgeordnete v. Jedlitz-Neukirch schrieb im April 1895 in dem „Deutschen Wochenblatt“, die Bekämpfung des Reichstagswahlrechts müsse das Hauptstück der politischen Aktion sein. In der gleichen Zeitung forderte am 11. September 1895 der Abgeordnete Arendt „eine Notgesetzgebung, zu der der Kaiser und der Bundesrat nicht dem Buchstaben, aber dem Geiste der Verfassung nach befugt sind“. Der Abgeordnete Graf Limburg-Sturum verlangte auf dem Parteitag der Konservativen in Dresden am 8. März 1897, die Sozialdemokraten sollten aus dem Reichstag ausgeschlossen und für das Reich solle ein Dreiklassenwahlrecht eingeführt werden.

Ist es den Konservativen vorläufig nicht gelungen, im Reich ihre Pläne zu verwirklichen, so setzten sie doch durch, daß in Sachsen die Arbeitervertreter durch einen Wahlrechtsraub für mehrere Jahre ganz aus dem Landtag verdrängt wurden, und in Preußen verhinderten sie bisher die Reform des erbärmlichen Geldsackwahlrechts. Am wichtigsten ist für sie die Erhaltung der öffentlichen Abstammung; durch einen schamlosen Druck zwingen sie die von ihnen abhängigen Arbeiter, Handwerker und Kaufleute, bei den Wahlen diejenige Partei zu unterstützen, die an der Verteuerung der Lebensmittel schuld ist. Die höheren Beamten gehören fast alle zur konservativen Partei. Die Landräte in Preußen wirken wie Parteisekretäre für ihre politische Richtung, und auf die mittleren und unteren Beamten wird mit terroristischen Mitteln ein geschwinderiger Zwang zur Unterstützung der Konservativen ausgeübt. Zur Bemäntelung ihrer Parteizwecke behaupten die Konservativen, sie seien gewohnt, das Vaterland über die Partei zu stellen, ihre Politik sei eine nationale. Nun ist zwar richtig, daß die Konservativen seit Jahrzehnten alle Forderungen für Heer, Flotte und Kolonien bewilligten. Sie taten dies aber nur, weil sie wußten, daß die gewaltigen Summen, für die sie stimmten, von den besitzlosen Massen durch indirekte Steuern aufgebracht werden müssen. Sobald ihnen zugemutet wurde, selbst Opfer zu bringen, wie bei dem Entwurf einer Reichserbschaftssteuer, erlosch rasch ihr Bewilligungseifer. Wo sie scheinbar eine Besteuerung des Be-

sitzes anboten, wie bei der Wertzuwachssteuer, mußten sie so viele Ausnahmen und Befreiungsbestimmungen in das Gesetz einzuschmuggeln, daß tatsächlich der von ihnen vertretene Großgrundbesitz vor den anderen Bevölkerungsklassen bevorzugt wurde.

Wie strupellos die Konservativen ihre agrarischen Sonderinteressen vertreten, wie offen sie „das Vaterland unter die Partei“ setzen, zeigte sich bei der Beratung der preußischen Kanalvorlage von 1899. Das große nationale Kulturwerk, die Stromgebiete des Rheins, der Weser und der Elbe durch schiffbare Kanäle zu verbinden, haben sie zu Fall gebracht, weil sie glaubten oder zu glauben vorgaben, der Osten Deutschlands werde von der Verbilligung der Güterfrachten wirtschaftliche Nachteile haben.

Der Kaiser befürwortete die Kanalprojekte. Der Kriegsminister und ein Vertreter des Generalstabs schilderten in der Kommission des Abgeordnetenhauses die großen militärischen Vorteile der geplanten Kanäle; die Rücksichten auf den Monarchen und die patriotische Sorge um die Landesverteidigung bedeuteten nichts gegen die vermeintliche Gefährdung der Gutsbesitzer. Die Konservativen mußten, daß die Regierung, die ihre volle Autorität für die Vorlage eingesetzt hatte, ernstlich gegen die Juncker nichts zu unternehmen wagte. Statt den Landtag aufzulösen, steckte das Ministerium auf Miquels Rat die Ohrfeige der Ablehnung ruhig ein. Es wurden aber, damit scheinbar etwas erfolgte, zwei Regierungsräte und anderthalb Duzend Landräte, die als Abgeordnete gegen den Kanal gestimmt hatten, in den „einstweiligen Ruhestand“ versetzt — sie fielen später fast alle bei dem Wiedereintritt in den Dienst die Treppe hinauf. Eine Auflösung gegen die Konservativen wäre allerdings auch recht schwierig gewesen, weil fast zu gleicher Zeit im Reichstag die ebenfalls einem kaiserlichen Wunsche entsprechende Zuchthausvorlage behandelt wurde, die alle Parteien, außer den konservativen Arbeiterfeinden, abwiesen.

Erst mehrere Jahre später, im Mai 1905, gelang es, einen kleinen Teil der Kanalvorlage, für die der Kaiser sein Wort eingesetzt hatte, im Abgeordnetenhaus durchzubrüden. Die Agrarier hatten inzwischen durch das Zolltarifgesetz von 1902 für die Verteuerung des eingeführten Getreides gesorgt; sie konnten also jetzt nachgeben. Aber sie taten es nicht, ohne daß ihnen

eine verkehrsfeindliche Konzession gemacht wurde. In Widerspruch mit Artikel 54 der Reichsverfassung, der die Abgabefreiheit der natürlichen Wasserstraßen festlegt, beschloßen sie (§ 19 des Kanalgesetzes), daß wieder Schiffsabgaben erhoben werden sollten. Und als einige süddeutsche Staaten und die Parteien der Linken sich gegen diese Verfassungsverletzung wehrten, veranlaßten sie, daß Preußen im Bundesrat die Rückwärtsrevidierung des Artikels 54 durchsetzte und sich zum Träger der verkehrsfeindlichen konservativen Kanalpolitik machte.

Als bester Helfer für diese Klassenpolitik bewährte sich den Konservativen seit 1878 das Zentrum — und nur ungern und nie für lange Zeit lassen sie sich von der Seite ihres schwarzen Verbündeten drängen.

Ende 1906 gelang es dem Kanzler Bülow und dem Kolonialdirektor Dernburg, das Kartell von 1887 gegen Sozialdemokraten und Zentrum zu erneuern, diesmal aber unter Einschluß der Freisinnigen in den „Block“. Die Ablehnung einiger Millionen Mark für den Herero-Krieg in den Kolonien wurde zum Anlaß der Parlamentsauflösung genommen. Das Zentrum war als ausschlaggebende Partei lästig geworden — vielleicht waren auch persönliche Wünsche Wilhelms II. bestimmend: „Ich will kein Zentrumskaifer sein.“

Es gelang, eine neue, von den Klerikalen unabhängige, konservativ-liberale Mehrheit zu erreichen: die Konservativen stiegen von 52 auf 60, die Freikonservativen von 20 auf 25 Sitze — die liberalen Fraktionen wuchsen von 86 auf 106. Nur zögernd und widerwillig ließen sich die Konservativen bewegen, in dem Reichsvereinsgesetz und dem Börsengesetz einige liberale, allerdings mit reaktionären Bestimmungen bepockte Konzessionen zu machen. Als aber in dem Entwurf einer Reichsfinanzreform 1908 und 1909 vorgeschlagen wurde, neben etwa 400 Millionen indirekter Steuern auch gegen 100 Millionen Besitzsteuern einzuführen, fühlten sich die Juncker in ihren heiligsten Empfindungen verletzt, sprengten den Block und schufen im Bunde mit dem wiederverföhnten Zentrum, dem sie den Kanzler Bülow opferten, die berichtigte, volksausbeuterische Finanzreform von 1909.

Der Abgeordnete v. Heydebrand und der Gasa begründete am 10. Juli 1909 die Abstimmung der Deutsch-Konservativen wie folgt:

„Das, was uns im letzten Grunde und schließlich maßgebend bestimmt hat, unsere Zustimmung dazu (zur Erbschaftsteuer) zu verweigern, war das Moment, daß wir in einer solchen Steuer nichts anderes sahen und sehen konnten, als eine allgemeine Besitzsteuer, und daß wir eine solche allgemeine Besitzbesteuerung, wie ich hier offen bekenne, nicht in die Hände einer auf dem gleichen Wahlrecht beruhenden parlamentarischen Körperschaft legen wollten.“

Neben der Sorge für den Besitz bewog die Konservativen zu ihrer Haltung auch die Angst um ihr geliebtes preussisches Klassenwahlrecht. Die Thronrede hatte eine Reform angekündigt, sie aber wollten an der stärksten Stütze ihrer Klassenherrschaft nicht rütteln lassen. Im Kampfe für ihre Vorrechte kennen die Junker keine Scham, keine Rücksichten. Sie versagten den Zündholzarbeitern, die sie durch die neue hohe Steuer brotlos gemacht hatten, jede Unterstützung, und selbst gegen die Entschädigung der arbeitslosen Tabakarbeiter hatten zehn Junker den moralischen Mut zu stimmen. Die gleiche Härte gegen die Besitzlosen bewiesen sie im April 1911, als sie den Marineheizern die kärgliche, durch schweren Dienst wohlverworbene Zulage streichen wollten, und nicht lange vorher im preussischen Abgeordnetenhaus, wo sie die Fahrräder besteuerten, aber die Reitpferde von der Steuer freiließen. Ihre brutal-egoistischen Maßregeln suchen sie dadurch zu verschleiern, daß sie für ein „Königtum von Gottes Gnaden“ einzutreten vorgeben. Sie wissen, daß sie durch höfische Einflüsse den Willen der Fürsten auf konservative Wege leiten können — die Stärkung der Königsmacht bedeutet für sie Stärkung der eigenen Macht. Deshalb bewilligten sie in einer Zeit schwerer Teuerung dem Preußenkönig eine erhöhte Zivilliste, deshalb stimmten sie bei der Beratung der Wertzuwachssteuer für die Steuerfreiheit der Fürsten, deshalb bekämpfen sie hartnäckig jeden Versuch, die Reichsverfassung oder auch nur die Geschäftsordnung des Reichstags so zu ändern, daß die Macht der Volksvertretung gegen absolutistische Neigungen gestärkt würde.

Ohne Überwindung der Konservativen ist kein Fortschritt möglich. Sie bekämpften die verkehrsfreundliche Kanalvorlage, sie vereitelten die Abschaffung des öffentlichen, den Terrorismus herausfordernden Dreiklassenwahlrechtes, sie wenden sich entristet gegen die elsaß-lothringische Verfassungsreform, sie hin-

dern sogar, aus Angst vor der Revolution, die fakultative Feuerbestattung. Sie liefern die Volksschule der Kirche aus, sie drücken die Hochschullehrer herunter, die Diener der Wissenschaft machen sie zu byzantinischen Rathederbeamten. Sie knebeln die Presse und die Kunst durch kleinliche Polizeischikanen. Sie züchten in Heer und Verwaltung „konservative“ Heuchler und Gestattungslumpen, sie verletzen offen den Verfassungsgrundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz. Sie verteuern durch Grenzsperrn Brot und Fleisch und hindern die Arbeiter, durch Lohnkämpfe ihr Einkommen den gesteigerten Preisen anzupassen. Sie wirken nicht konservierend, sondern revolutionierend.

Die Freikonservativen (Reichsparteiler) sind wirtschaftlich und politisch mit den Deutsch-Konservativen einig. Aus taktischen Gründen sind sie aber auf kein festes Programm verpflichtet, — sie begnügen sich mit allgemeinen Wendungen wie: „Das Vaterland über die Partei!“ Ihr Hauptziel ist, die rechtsstehenden Nationalliberalen bei den Konservativen zu halten, — sie waren deshalb die besten Stützen des Kartells von 1887 wie des Blocks von 1907. Da sie den Bruch zwischen den Konservativen und den Rechtsliberalen zu vermeiden suchen, zeigen sie manchmal in Einzelfragen modernere Ansichten, so bei dem Kampf um das Bedrüssche Volksschulgesetz. Gleichzeitig sind sie aber die schärfsten Gegner der Arbeiterbewegung, Feinde des Reichstagswahlrechts und der Koalitionsfreiheit, da sie wissen, daß sie unter der Fahne der Sozialistenheke am leichtesten die Besthenden sammeln können. Die antisoziale Haltung ist es, die viele Großindustrielle in die freikonservative Partei führt. Auch ausgediente Minister und andere Bureaucraten nehmen gern auf den Bänken der Freikonservativen Platz; die Fraktion gilt als Vermittlerin zwischen dem Bundesrat und den regierungstrogenen Parteien.

## Konservative Nebengruppen.

### Antisemiten.

Unter Protektion der Konservativen hatte der Hofprediger Stöcker Ende der siebziger Jahre seine „Berliner Bewegung“ begonnen. Der reaktionäre Pferdefuß war verhüllt durch den

Mantel christlich-demagogischer Phrasen, — aber die Hoffnung, er werde einen erheblichen Teil der sozialdemokratischen Arbeiter in das Regierungslager leiten können, erfüllte sich nicht. Die christlich-sozialen Bestrebungen blieben im Rahmen der konservativen Parteiorganisation. Der streitbare Gottesmann beteiligte sich mit Graf Waldersee, v. Hammerstein und anderen frommen Herren an dem Hänkespiel, das zum Bruche zwischen dem alten Bismarck und dem jungen Kaiser führen sollte.

Mitte der neunziger Jahre, als die Konservativen vollständig in das Lager der Scharfmacher übergingen und ihr sozialpolitisches Programm sich in dem Rufe nach Ausnahmegesetzen erschöpfte, verselbständigte sich die christlich-soziale Gruppe, und — Stöcker wurde zum Austritt aus der konservativen Organisation gedrängt. — Die reorganisierte christlich-soziale Partei gab sich am 9. Juli 1896 ein neues Programm, das „als Ziel die friedliche Lösung der sozialen Schwierigkeiten auf dem Wege einer starken Sozialreform“ bezeichnet. Gegen diese Bewegung richteten sich die Beschlüsse eines konservativen Delegiertentags vom 19. und 20. November 1896:

„Der Delegiertentag der deutschen konservativen Partei stellt auch heute, wie es in dem Programm vom 2. Dezember 1892 geschehen ist, die Erweckung, Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung an die Spitze seiner Aufgaben. Er erachtet den Kampf gegen die Sozialdemokratie als eine Hauptaufgabe der Parteien und der Regierung. Dem verheerenden Treiben gewerbsmäßiger Agitatoren, die jede göttliche und weltliche Autorität untergraben, und die durch den Mißbrauch politischer Freiheiten auf Zerstückung der christlichen Gesinnung im Volke hinarbeiten, muß durch energische Handhabung staatlicher Machtmittel ein Ziel gesetzt werden. Der Delegiertentag hält es besonders für geboten, dem stetigen Vordringen der Sozialdemokratie gegenüber vor Parteizersplitterungen zu warnen. Die Vielheit kleiner Parteibildungen führt zur Ohnmacht gegenüber straff organisierten Parteien. Es ist darum zu erwarten, daß kein konservativer Mann eine neue Parteibildung fördern werde, wenn auch diese angeblich auf konservativem Boden sich befindet oder Berührungspunkte mit dem konservativen Programm darbietet. Es muß vielmehr gefordert werden, daß Versuchen, neue Parteien auf Kosten der konservativen Partei zu gründen, entschieden und kräftig entgegen gearbeitet werde. Es ist unzulässig, daß ein Mitglied der konservativen Partei gleichzeitig einer anderen politischen Partei angehört.“

Die christlich-soziale Partei, gegen die so schweres Geschütz aufgefahren wurde, entwickelte sich nur kümmerlich. Die paar Abgeordneten, die sie in den Reichstag senden kann, sind auf die Wahlhilfe des Zentrums und der Konservativen angewiesen. — Etwas kräftiger gediehen die verwandten kleinbürgerlichen und bäuerlichen Antisemitenparteien, die sich von dem konservativen Hauptstamm abzweigten. Die Polemik der Konservativen gegen die Liberalen hatte immer einen jüdenfeindlichen Einschlag gezeigt — Lasker und Bamberger, die gehafteten Führer der Linksnationalliberalen, waren Juden. Die Gewerbetreibenden, die unter der Konkurrenz der Warenhändler und des Hausherhandels litten, die Handwerker, die durch große leistungsfähige Fabriken ihre Kundenchaft verloren, die Kleinbauern, die an jüdische Getreide- und Viehhändler Geld schuldeten, waren geneigt, in den Juden die Quelle aller wirtschaftlichen und politischen Übel zu sehen. Zu den Septennatswahlen von 1887 stellten sie sieben antisemitische Kandidaten auf, die sich auf das „Bochumer Einigungsprogramm von 1887“ verpflichtet hatten. Neben der „Beschränkung der Gewerbefreiheit“, „Verbot der Abzahlungsgeschäfte“, „scharfen Bestimmungen gegen Gutzertrümmungen, Grundstückruher und gegen Bauschwindel“, „Verbot der Einführung chinesischer Arbeiter“ verlangten sie: „Aufhebung der Gleichberechtigung und Stellung der in Deutschland lebenden Juden unter ein besonderes Fremdenrecht (Judenrecht), Verbot der Einwanderung fremder Juden“. Sie hatten zunächst keinen Erfolg, aber bei den Wahlen von 1890 wurden 5 Antisemiten gewählt, 1893 waren es 16. Von da an, nachdem die konservative Partei den Antisemitismus in ihr Livoliprogramm aufgenommen hatte, stagnierte die Bewegung. Die ersten Fortschritte sind zum Teil daraus zu erklären, daß die Bewegung in manchen Staaten (Hessen und Sachsen) demokratische Forderungen aufnahm. So verlangte zum Beispiel das Programm der oberhessischen antisemitischen Partei nach den Beschlüssen des Erfurter Parteitags vom 6. und 7. Juli 1890: „Einführung einer progressiven Einkommen-, Kapitalzinsen- und Erbschaftsteuer unter Schaffung geeigneter Schutzmaßregeln gegen falsche Einkommensdeklaration und Vermögensangabe“, ferner „gesetzliche Beschränkung der Sonntagsarbeit auf das geringste Maß, Vermehrung der Fabrikinspektoren“, endlich „Erhaltung des all-

gemeinen, geheimen, direkten Wahlrechtes, welches auch auf die parlamentarischen Körperschaften der Bundesstaaten auszudehnen ist, und Freiheit in Rede und Schrift, Versammlungs- und Vereinsfreiheit."

Die antisemitischen Organisationen vereinigen und trennen sich sehr oft. Die „Reformpartei“ bildet ein eigenes Fraktionsbündchen. Die Deutschsozialen und Christlichsozialen gehören mit bayerischen Bauernbündlern, einigen Mitgliedern des Bundes der Landwirte und einem Welfen zu der 18 Mann starken „Wirtschaftlichen Vereinigung“, die im Schlepptau der Konservativen liegt und gelegentlich die agrarischen Laten durch mittelständlerische Redensarten zu beschönigen sucht.

### Das Zentrum.

Während bei der konservativen Partei auf den ersten Blick zu erkennen ist, daß sie die Interessen der adligen Großgrundbesitzer vertritt, liegt bei der katholisch-konservativen Organisation, dem Zentrum, die Sache nicht so einfach. In dieser Fraktion sitzen nebeneinander Arbeitersekretäre und Großindustrielle, Gerichtspräsidenten und kleine Beamte, Grafen, Prinzen, kleine Bauern und Handwerksmeister. Schon diese Zusammensetzung zeigt, daß neben den wirtschaftlichen Ursachen noch eine andere parteibildende Kraft hier wirksam sein muß. Das Band, durch das die so verschiedenartigen Teile zu einem Ganzen vereinigt sind, ist die Religion oder, gröber ausgedrückt, der Machtwille der katholischen Kirche. Es wird oft versucht, diese Tatsache zu verschleiern, aber die Entstehung der Partei beweist unzweifelhaft, daß das Zentrum in konfessionellem Boden wurzelt und nur dort wachsen und gedeihen kann.

Das Zentrum in seiner heutigen Form ist so alt wie das Deutsche Reich. Aber es hatte Vorläufer in den Parlamenten der einzelnen deutschen Staaten, in Bayern, in Baden und in Preußen.

Im November 1852 traten im preussischen Abgeordnetenhaus 63 Mitglieder zu einer „katholischen Fraktion“ zusammen. Der unmittelbare Anlaß ergab sich daraus, daß im Frühjahr 1852 der Kultusminister v. Raumer der Abhaltung von Volksmissionen

Schwierigkeiten bereitete. Diese Maßregel der Regierung wich ab von den Grundsätzen, die sie sonst betätigte. In der Verfassung vom 31. Januar 1850 war der katholischen Kirche größere Freiheit gegeben worden als in allen anderen deutschen Staaten. Nach Artikel 15 ordnete und verwaltete sie ihre Angelegenheiten selbständig und blieb im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. Nach Artikel 16 war der Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Obern ungehindert, und für die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen galten nur diejenigen Beschränkungen, wie für alle übrigen Veröffentlichungen. In Artikel 18 wurden die früher dem Staate zustehenden Rechte der Ernennung und Bestätigung bei Besetzung kirchlicher Stellen aufgehoben.

Es zeigte sich aber an diesen Artikeln der Verfassung wieder einmal, daß bei Gesetzen, die allgemeine Grundsätze aufstellen, der Wortlaut nichts und die Ausführung alles bedeutet. Im Juli des Jahres 1852 wurde den preussischen Katholiken verboten, das Collegium Germanicum in Rom zu besuchen. Die Folge dieser beiden Polizeimaßregeln war der Zusammenschluß der Angegriffenen zur Verteidigung ihrer bedrohten kirchlichen Rechte. Die meisten Abgeordneten der katholischen Fraktion stammten aus Rheinland und Westfalen. Da in diesen beiden Provinzen noch ein starker historischer Gegensatz zu den alt-preussischen Landesteilen sich erhalten hatte, so lag der Zusammenschluß dieser Parlamentarier an sich schon nahe, und das gemeinsame religiöse Bekenntnis schaffte noch ein festeres Band. Wirtschaftlich und gesellschaftlich waren jedoch unter ihnen starke Gegensätze vorhanden, die nicht überwunden werden konnten. Der geistig bedeutendste Führer der Fraktion, der aber erst in späteren Jahren hervortrat, v. Mallinckrodt, klagte über den andauernden Zwist. Die Mitglieder aus dem Rheinland, wo liberale und französische Erinnerungen lebten, galten für „halbe Revolutionäre“, und diese wieder betrachteten die westfälischen Konservativen innerhalb der Fraktion als „selbstsüchtige Junker und eingeseifte Reaktionäre“. An der Spitze der Katholiken standen zuerst die Brüder August und Peter Reichenperger, Wilderich v. Ketteler, Graf Josef Stollberg und Freiherr v. Waldbott-Wassenheim. Die neue Gruppe versuchte die Raumerschen Er-

lasse zu beseitigen und für Unterrichtsfreiheit zu wirken. Großer Einfluß konnte sie nicht gewinnen, weil ihr die Geschlossenheit fehlte und der Kampf gegen die paar Schikanen eine zu schmale Basis für ihre Tätigkeit war. Nach den Neuwahlen von 1858 wurde auf höfischen Wunsch der Name der Fraktion geändert. Sie hieß von da ab: „Fraktion des Zentrums (katholische Fraktion)“. Der Name war wohl gewählt worden, weil die Mitglieder in der Mitte des Hauses ihre Sitze hatten, zugleich aber auch weil die Fraktion bald mit der rechten, bald mit der linken Seite zusammenging. Nach den Sitzungen sollten die Beratungen nur den Charakter freundschaftlicher Erörterungen haben, ohne daß ein Zwang für die Art der Abstimmung bestand. Die Fraktion wurde immer kleiner und bedeutungsloser, und sie trat in manchen Sessionen gar nicht zusammen. Der Kampf um die nationale Einigung und der schwere Verfassungskonflikt zwischen Bismarck und der Mehrheit des Abgeordnetenhauses hatten die religiösen Fragen in den Hintergrund gedrängt. Übrigens stimmte die katholische Fraktion mit einem Teil der Fortschrittler nach dem Kriege von 1866 gegen die Indemnitätsvorlage, durch die der Frieden zwischen Regierung und Parlament hergestellt werden sollte.

Von 1867 bis 1870 bestand weder im preussischen Abgeordnetenhause noch im Norddeutschen Reichstag eine katholische Fraktion. Diejenigen früheren Mitglieder, die wieder gewählt waren, gingen zu einem Teil in die freikonservative Partei, zu einem anderen Teil blieben sie wild oder sie schlossen sich kleinen Gruppen an. Aber die katholisch-politische Bewegung ruhte nur und erwachte bald wieder zu neuem Leben. Es kamen mehrere Ursachen zusammen. Der tatkräftige Papst Pius IX. suchte seine zerbrochene weltliche Macht zu ersetzen durch eine Herrschaft über die Geister. Er ging zum Angriff über. In einem Rundschreiben vom 13. September 1868 forderte er die Protestanten auf, zur Mutterkirche zurückzukehren. Durch den Syllabus war schon vorher dem Liberalismus der Krieg erklärt worden. Der gebildete Teil der deutschen Nation war erregt über die bevorstehende Verkündung des Dogmas der Unfehlbarkeit für das Behramt des Papstes. Die Folge war, daß auch auf protestantischer Seite die Intoleranz wuchs. Im Jahre 1867 wurden in Posen und Westpreußen die Franziskanerklöster aufgehoben. Am 16. August 1869

wurde in dem Berliner Stadtviertel Moabit durch eine Volksmenge die neuerbaute Dominikanerkirche mit Steinen beworfen. Große Volksversammlungen und viele Petitionen verlangten die Beseitigung der Klöster und die Ausweisung der Jesuiten. Der preussische Landtag beschloß nach einem Referat des liberalen Staatsrechtslehrers Dr. Gneist, das Edikt von 1810 über die Aufhebung der Klöster solle überall, also auch im katholischen Westen, angewendet werden.

Nachdem Österreich durch den Krieg aus dem deutschen Bunde verdrängt war und eine neue Staatenverbindung unter Preußens Führung sich bildete, waren die Katholiken in Deutschland eine Minderheit geworden. Und manche evangelischen Fanatiker jubelten, daß das neue Deutsche Reich eine „protestantische Spitze“ habe. Aus dieser Stimmung religiöser Erregung und Beunruhigung heraus erwuchs der Gedanke, die Katholiken wieder zu einer politischen Partei zu sammeln. Am 11. Juni 1870 veröffentlichte der Abgeordnete Peter Reichensperger in der „Kölnischen Volkszeitung“ einen Aufruf für die preussischen Landtagswahlen. Er verlangt ein katholisches Programm:

„Die katholische Bevölkerung Preußens kann eines solchen Vereinigungspunktes (eines Wahlprogramms) um so weniger entbehren, als sie an sich nur eine Minorität darstellt und nicht bloß ihre staatsbürgerlichen Rechte und Interessen, sondern überdies ihre vielfach angegriffene und bedrohte kirchliche Freiheit und Lebensbetätigung ernstlich zu verteidigen hat.“

Von den fünf Programmpunkten, die aus den „Besprechungen katholischer Männer aus den verschiedenen Teilen des Landes“ hervorgegangen waren, verlangten die beiden ersten Aufrechterhaltung der in der Verfassung versprochenen Selbstständigkeit der Kirche und Verteidigung des konfessionellen Volksschulunterrichts. Der dritte forderte Wahrung des föderativen Charakters für den Norddeutschen Bund, Abweisung des zentralisierten Einheitsstaates. Die beiden letzten Punkte sind liberale Forderungen, berechnet auf die westdeutsche Bevölkerung: Verwirklichung der Selbstverwaltung des Volkes in Gemeinde, Kreis und Provinz, Ermäßigung der Steuerlast durch Verminderung der Ausgaben für das Militärwesen und Beschränkung der aktiven Dienstzeit in der Armee.

Eine Versammlung katholischer Vereine, die anfangs Juli 1870 in Essen stattfand, billigte den Aufruf, strich aber die



Forderung einer verkürzten Militärdienstzeit und fügte ein, daß festgehalten werden solle „an dem christlichen Charakter der Ehe“. Der Einfluß der industriellen Umgebung äußerte sich in der Aufnahme einiger Worte, die den Lohnarbeitern die neue Partei in Empfehlung bringen sollten:

„Beseitigung der sozialen Mißstände und Förderung aller Interessen des Arbeiterstandes durch eine gesunde christliche Gesetzgebung.“

Die letzte Fassung wurde am 28. Oktober 1870 durch das sogenannte Soester Programm gegeben, das wesentlich mit demjenigen von Essen übereinstimmt. Die wachsende Bedeutung der sozialpolitischen Fragen wird auch hier berücksichtigt durch die Forderung von

„Freiheit für alle den gesetzlichen Boden nicht verlassenden Bemühungen zur Lösung der sozialen Aufgaben. Gesetzliche Beseitigung solcher Übelstände, welche den Arbeiter mit moralischem oder körperlichem Ruin bedrohen.“

Die preussischen Landtagswahlen fanden im November 1870 statt. Schon im Dezember versammelte sich eine Gruppe katholischer Parlamentarier im Hause des Herrn v. Savigny, um über die Gründung einer „katholischen Fraktion“ zu beraten. Man beschloß, sich „zu einer politischen Fraktion christlich-konservativer Richtung“ zu verbinden. Es traten zunächst 47 und später 54 Mitglieder bei. Bei den Reichstagswahlen am 3. März 1871 wurden 63 Abgeordnete auf das Zentrumsprogramm gewählt. Die Zusammensetzung war noch mannigfaltiger, die Gegensätze waren noch größer als früher in der alten katholischen Fraktion. Zu dem Hauptbestand aus Rheinland und Westfalen waren jetzt süddeutsche Partikularisten aus Baden und Württemberg und „bayerische Patrioten“ gekommen. Dazu traten die Welfen aus der eroberten preussischen Provinz und katholische Polen. Das Programm der Reichstagsfraktion war ganz allgemein gehalten, so daß es in seiner Dehnbarkeit für die verschiedensten Meinungen Raum bot. Es wird der föderative Charakter der Reichsverfassung und das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung verteidigt, bürgerliche und religiöse Freiheit erstrebt und das moralische und materielle Wohl aller Volksklassen zu fördern versprochen. Ein Fraktionszwang soll nicht herrschen. Das Programm ist kurz und nichtsagend.

Daß aber, wenn auch das Programm es nicht aussprach, der Kampf für die Macht der katholischen Kirche die Hauptaufgabe der Partei war, zeigte ihre Tätigkeit in der ersten Session des Reichstags. In der Adresse, die von der Volksvertretung als Antwort auf die Thronrede an den Kaiser gerichtet werden sollte, war auch der Satz enthalten:

„Die Tage der Einmischung in das innere Leben der Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren.“

Kurz vorher hatten schon 56 katholische Abgeordnete den Kaiser ersucht, den Kirchenstaat wiederherzustellen. In der Debatte vom 30. März 1871 nahmen fünf Zentrumsabgeordnete das Wort, um eine Einmischung der Reichsregierung zugunsten der Unabhängigkeit des Papstes zu befürworten. Die Klerikalen stimmten schließlich, da ihr Antrag abgelehnt wurde, gegen die ganze Adresse. Es folgte ein zweiter Vorstoß.

Im April 1871 beantragte das Zentrum, die preussischen Verfassungsartikel 15 und 18, in denen die Unabhängigkeit der Kirche garantiert war, in die Reichsverfassung aufzunehmen. Obwohl sie nach ihrem Programm Föderalisten waren, versuchten sie, die Kirchenfreiheit einheitlich festzulegen, „um alsdann mit dieser zweischneidigen Waffe den kirchlichen Frieden der kleinen Staaten zu stören“.

Der Antrag wurde abgelehnt, kehrte aber in späteren Jahrzehnten in veränderter Form als sogenannter „Toleranzantrag“ wieder.

Die außerordentlich rasche Ausdehnung und die innere Festigung verbannt das Zentrum Bismarck, der durch den Kulturkampf Eisenklammern um die auseinanderstrebenden Teile der Partei legte. Warum der Reichskanzler dieses gefährliche Ringen begann, ist mit Sicherheit nicht festzustellen. Er wollte durch den Krieg gegen die katholische Kirche das Zentrum treffen, und die Schläge, die er im Parlament gegen das Zentrum richtete, waren auch für die Kirche bestimmt. Vielleicht fürchtete er, es könne von Rom her dem jungen Deutschen Reiche Gefahr drohen. Er überschätzte wohl den internationalen Einfluß der Jesuiten, die nach seiner Meinung das Reich mit der protestantischen Spitze hassen mußten, weil es die katholischen Großmächte Österreich und Frankreich besetzt hatte.

Das „reichsfeindliche“ Verhalten der bayerischen Partikularisten und der Zentrumsfraktion glaubte er auf römische Einflüsse zurückführen zu können. Es mag auch dem nach so vielen Erfolgen gewaltig gewachsenen Machtbewußtsein Bismarcks unenträglich gewesen sein, daß sich eine von ihm unabhängige große Fraktion bildete. Er war der große Parteiverderber. Die Fortschrittsfraktion hatte er gespalten und den Rest zu einer an Zahl bedeutungslosen Gruppe herabgedrückt. Die Konservativen zwang er zur Gefolgschaft, wenn auch manche von ihnen dagegen murrten. Einige Jahre später zertrümmerte er die nationalliberale Partei, als sich bei ihr Spuren eines eigenen Machtwillens zeigten. Sicher ist, daß Bismarck nicht erst vom Liberalismus zum Kulturkampf gedrängt wurde, wie es die ultramontane Legende darstellen will. Wenn dieser Staatsmann auch meisterhaft die Oberlehrerphrasen von der Entscheidung zwischen „deutscher Geistesfreiheit“ und „römischer Knechtschaft“ zu handhaben verstand, so waren ihm diese Gedankengänge doch innerlich fremd. Er führte einen Krieg von Macht zu Macht und unterlag schließlich, weil er gegen Überzeugungen durch die Polizei, gegen Weltanschauungen durch den Staatsanwalt Gegenbeweise führen wollte.

Das erste Reichsgesetz gegen die Kirche wurde am 10. Dezember 1871 beschlossen. Es wurde ein § 130a in das Strafgesetzbuch aufgenommen, der den Mißbrauch der Kanzel zu politischen Zwecken unter Strafe stellte. Es mutet heute, unter geänderten Verhältnissen, seltsam an, daß die bayerische Regierung es war, die diesen „Kanzelparagraphen“ zu schaffen beantragte.

Am 4. Juli 1872 wurde das Jesuitengesetz erlassen, das diesem Orden verbietet, im Deutschen Reich Niederlassungen zu errichten, und in § 2 die Ausweisung einzelner Ordensmitglieder gestattete. Schon vorher (4. Mai 1872) war das Priesterausweisungsgesetz beschlossen worden, um die Vertreibung der durch gerichtliches Urteil aus dem Amt entlassenen Geistlichen zu ermöglichen. Am 6. Februar 1875 endlich wurde die Zivilehe, die bisher schon in Preußen eingeführt war, durch Reichsgesetz auf Deutschland ausgedehnt. Am schlimmsten aber tobte der Streit in Preußen. Die katholische Abteilung im Kultusministerium wurde aufgehoben. Die Artikel 15 und 18 der Verfassung wurden gestrichen. Durch das Schulaufsichtsgesetz wurde

die Überwachung des Unterrichts vollständig der Kirche genommen und dem Staate zugewiesen. Für die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen wurden staatliche Vorschriften erlassen. Die Anwendung kirchlicher Disziplinarmittel durch den Papst wurde verboten. Durch das sogenannte Sperrgesetz wurden die Zahlungen des Staates für Geistliche eingestellt. Durch Gesetz vom 14. Mai 1873 wurde der Austritt aus der Kirche erleichtert und mit dem Gesetz vom 4. Juli 1875 den Altkatholiken ein Anteil am katholischen Kirchenvermögen gegeben.

Die hier nicht vollständig aufgezählten Zwangsgesetze wurden rücksichtslos angewendet. Acht Bischöfe wurden ihres Amtes verlustig erklärt, mehrere ins Gefängnis gesteckt. Gleichzeitig wurden die Zeitungen und Versammlungen der Katholiken überwacht und verfolgt. Erzberger gibt in seiner Schrift über das deutsche Zentrum folgende Strafrechtsbilanz:

„In den ersten vier Monaten des Jahres 1875 hat man in Folge des Kulturkampfes zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt: 241 katholische Geistliche, 136 katholische Redakteure und 210 katholische Bürger! Wie hoch die Strafen sich aufließen, sieht man an folgenden Zahlen: Der Erzbischof von Köln hatte 29500 Taler Geldstrafe erhalten, der Bischof von Trier 30450 Taler, der Bischof von Münster 4700 Taler. Außerdem fanden in derselben Zeit statt: 89 Konfiskationen, 55 Verhaftungen, 74 Hausdurchsuchungen, 103 Ausweisungen, 55 Auflösungen von Versammlungen!“

Die Wirkung blieb nicht aus. Bei den nächsten Reichstagswahlen verdoppelte sich die Zahl der für das Zentrum abgegebenen Stimmen. Es erhielt am 10. Januar 1874 1488792 Stimmen gegenüber 718348, die es am 3. März 1871 bekommen hatte. Die Zahl der Abgeordneten stieg von 63 auf 91 und wuchs von da an bis zu 100 im Jahre 1881. Der Kampf wurde mit größter Erbitterung geführt. Bismarck nannte die Tatsache, daß eine große konfessionelle Fraktion in einem modernen Parlament sich bilde, eine „ungeheuerliche Erscheinung“ und warf den Bischöfen vor, durch ihre Politik wollten sie das Ansehen der Regierung untergraben und sie seien deshalb „Revolutionäre“.

Als 1874 der Klempernergeselle Kullmann einen Mordversuch gegen den Kanzler machte, klagte die Regierungspresse die Klerikalen an, sie hätten durch ihre Heze das Verbrechen verursacht.

Und im Reichstag wiederholte Bismarck die Beschuldigung in schärfster Form, indem er dem Zentrum zurief, es werde ihm nicht gelingen, den Attentäter von den Rockschößen abzuschütteln.

Der Führer des Zentrums in diesen Kampffahren war Windthorst. Er war der schlaueste Taktiker, den der Reichstag je gehabt hat. Aus seiner Tätigkeit im Ministerium des eroberten Königreichs Hannover brachte er praktische Erfahrung und Menschenkenntnis mit. Ihm hat das Zentrum zu danken, daß nach einem Jahrzehnt des Kampfes der mächtigste Staatsmann der Welt vor der Kirche die Waffen streckte. Er verstand es, seine Partei zum Mittelpunkt aller Gruppen zu machen, die aus historischen, wirtschaftlichen, konfessionellen Gründen „Reichsfeinde“ waren. Durch die scharfe Gegnerschaft zur Regierung gelang es dem konservativ gerichteten Manne, das Zentrum bei den Massen in den Ruf einer demokratischen Partei zu bringen. Das Zentrum stimmte 1873 gegen das Gesetz über die Wohnungszuschüsse an Offiziere, 1874 gegen das Militärgesetz, das die Heeresstärke auf sieben Jahre festlegte, 1876 gegen das Gerichtsverfassungsgesetz, gegen die Strafprozeßordnung und die Zivilprozeßordnung, wie es auch schon einige Jahre früher Lasfers Antrag abgelehnt hatte, dem Reich die Gesetzgebung über das bürgerliche Recht zu übertragen.

Aber trotz der tiefen Verbitterung, die durch den Kulturkampf entstanden war, trieb die „kleine Exzellenz“ keine kindische Politik der Verärgerung, sondern erkannte mit klarem Auge und nüchtern abwägendem Verstande, wann der Augenblick gekommen sei, die Unentbehrlichkeit des Zentrums zu beweisen und für politische Gefälligkeiten den Abbau der Kulturkampfgesetze einzutauschen. Der Tod des Kampfpapstes Pius IX. erleichterte die Umkehr. Das neue Kirchenhaupt Leo XIII. nahm gegenüber Preußen eine versöhnliche Haltung ein. Dazu kam, daß die Nationalliberalen die Finanzreformpläne Bismarcks nicht unterstützten. Noch im April 1878 lehnten sie einmütig das Tabakmonopol ab, und ein starker linker Flügel der Fraktion verteidigte leidenschaftlich den Freihandel. Hier rückte das Zentrum in die Sätze der Regierungsparteien ein und stimmte (am 12. Juli 1879) mit den Konservativen für das Zolltarifgesetz; es war die „ausschlaggebende“ Gruppe geworden. Seinen „föderativen“ Neigungen entsprang der § 7 (die sogenannte Frankensteinse

Klausel), wonach alle Reichseinnahmen aus Zöllen und Tabaksteuer, die über 130 Millionen Mark betragen, an die Einzelstaaten abgeführt werden sollten.

Der Lohn für die Zentrumsdienste wurde im preussischen Abgeordnetenhaus gezahlt. Am 20. Mai 1880 wurde der Regierung die Vollmacht erteilt, einzelne Polizeigesetze gegen die Kirche nicht anzuwenden, und bis zum Jahre 1887 erfolgte dann, in fünf Abschnitten, die Abräumung des Schutzes, die Abschaffung der Kulturkampfgesetze. Als wertvolle Reste blieben bestehen: die Zivilehe im Reiche und die staatliche Schulaufsicht in Preußen! Windthorsts große Führerkunst zeigte sich während dieser Jahre in der Geschicklichkeit, mit der er seine Partei davor bewahrte, bedingungslos in das Lager Bismarcks einzuschwenken. Jeden Schritt ließ er sich abkaufen durch Konzessionen auf kirchlichem Gebiet, und von Zeit zu Zeit wurde der Glaube der Kleinbürger und Arbeiter an die demokratische Gesinnung des Zentrums wieder gestärkt durch einen Rückfall in alte, oppositionelle Gewohnheiten, so zum Beispiel bei der Ablehnung der Militärvorlage von 1887 und des Flottenplans von 1889.

Bismarck hatte sich durch das konservativ-nationalliberale „Kartell“ von den Klerikalen unabhängig zu machen gesucht; aber durch die Wahlen vom Februar 1890 wurde die gefügige Kartellmajorität gesprengt, und Bismarck mußte zum zweitenmal nach Ranoffa pilgern. Am 14. März 1890 führte er eine längere Unterredung mit Windthorst, um die Bedingungen zu erfahren, unter denen das Zentrum wieder zur Unterstützung der Regierungspolitik bereit wäre. Wenige Tage später wurde Bismarck zwangsweise verabschiedet.

Das Zentrum war auf der Höhe seiner Macht, und als im folgenden Jahre der alte Windthorst starb, schmückte seinen Sarg ein Kranz, der vom Deutschen Kaiser gestiftet war. Vor seinem Tode legte der kluge Mann, der ein Pfadfinder für die Taktik seiner Partei gewesen, auch den Grundstein zu der mächtigen Organisation des Zentrums: er gründete 1890 den „Volksverein für das katholische Deutschland“. Er erkannte mit scharfem Blick, daß ein neues äußeres Band seine Gefolgschaft zusammenhalten müsse, nachdem die eisernen Klammern der Kulturkampfgesetze zerbrochen waren. Ohne diese Schöpfung wäre das Zentrum durch die wirtschaftspolitischen und sozialen Kämpfe in späteren

Jahrzehnten viel mehr geschwächt worden. Die Zentrumspolitik nach Windthorst trägt zunächst das Gepräge der Unsicherheit. Den Handelsverträgen mit Österreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz, die eine Herabsetzung des Getreidezolls brachten, stimmte das Zentrum 1891 zu; bei den auf gleicher Grundlage beruhenden Verträgen mit Spanien, Rumänien und Serbien (November 1893) und mit Rußland (März 1894) stimmte die eine Hälfte der Fraktion für, die andere gegen die Regierungsvorlagen.

Allerdings war inzwischen ein Ereignis eingetreten, das die Entwicklung des Zentrums zur Regierungspartei hemmte. Windthorst soll bei seiner letzten Zusammenkunft mit Bismarck als Kaufpreis für die Zentrumshilfe ein christliches Schulgesetz für Preußen gefordert haben. Ist es nicht wahr, so ist es gut erfunden; denn es war die alte, bewährte Methode, sich für die Abstimmungen der Reichstagsfraktion von der preussischen Regierung im Abgeordnetenhaus belohnen zu lassen. Jedenfalls handelte Caprivi, der Steuermann des „neuen Kurses“, ganz so, als wäre ein solcher Handel verabredet worden. Er ließ im Januar 1892 durch den Kultusminister v. Zedlitz den Entwurf eines Volksschulgesetzes ganz nach dem Herzen der protestantischen und katholischen Dunkelmänner vorlegen. An dem Widerstand der Liberalen und der Arbeiter scheiterte die Vorlage; das Zentrum sah sich deshalb veranlaßt, wieder einmal sein demokratisches Gesicht zu zeigen, und stimmte am 16. Mai 1893 gegen die Militärvorlage, die eine Mehrausgabe von je 66 Millionen Mark für fünf Jahre gebracht hätte.

Dem neuen Führer des Zentrums, dem Nassauer Rechtsanwalt Dr. Lieber, kam wohl die Gelegenheit recht erwünscht, wieder in Opposition treten zu dürfen; denn in süddeutschen Kleinbäuerlichen Kreisen wurde gegen die aristokratischen Diplomaten rebelliert und mit Abspaltung gedroht. Es gab damals schon in der Fraktion eine Gruppe, die der späteren Entwicklung vorausseilen und jetzt schon mit der konservativen Regierung durch dick und dünn gehen wollte. Der Abgeordnete v. Guene mit einem Duzend Bestimmungsgenossen suchte die Militärvorlage durch einen Vermittlungsantrag zu retten, aber seine Fraktion ließ ihn im Stich, und so kam es zur Auflösung des Reichstags.

Auch im neugewählten Parlament lehnte das Zentrum die Seeresvorlage ab; bei den Handelsverträgen spaltete es sich, und gegenüber der von „Dntel“ Hohenlohe auf besonderen Wunsch des Kaisers eingebrachten Umsturzvorlage nahm es eine zweifelhafte Haltung ein; es wollte neben der staatlichen auch die geistliche Autorität schützen und verlangte gleichzeitig als Lohn für die Zustimmung zum Umsturzgesetz die Aufhebung des Jesuitengesetzes. Der Handel kam allerdings nicht zustande. Aber bald fand sich für das Zentrum die Gelegenheit zur großen Schwentung, zur Umwandlung in die Regierungspartei, die fast vorbehaltlos die nationalliberale Erbschaft antrat.

Das Schicksal des Zentrums ist unlöslich verknüpft mit dem Leben Bismarcks, auch noch nach dem Amtsabschied des „Reichsgründers“. Zum achtzigsten Geburtstag des einst so mächtigen, nun im Sachsenwald einsam grollenden Mannes wollte der konservative Präsident v. Reyeckow die Glückwünsche des Reichstags ausdrücken; aber das Haus versagte am 23. März 1895 seine Zustimmung. Das Zentrum, das mit Freisinnigen und Sozialdemokraten zusammen die Mehrheit bildete, übernahm jetzt die Leitung des Reichstags, da der konservative Präsident und der nationalliberale Vizepräsident, wie es das Zentrum vorausgesehen und gewollt hatte, ihre Ämter niederlegten.

Unter Führung von Ernst Lieber, dem der alte Bennigsen dafür gerührt dankte, stimmte es am 1. Juli 1896 für das Bürgerliche Gesetzbuch, obwohl darin die Zivilehe und manche anderen Bestimmungen enthalten sind, die nicht mit der kirchlichen Lehre in Einklang stehen.

Auch die Stellung zu „nationalen“ Fragen ist geändert. Dem Flottengesetz von 1898 wie den späteren von 1900, 1906 und 1908 stimmte es zu. Es suchte sich allerdings seinen Arbeiterwählern gegenüber zu decken durch die praktisch bedeutungslose Klausel, daß die Mehrkosten nicht durch neue indirekte Steuern auf den Massenverbrauch aufgebracht werden dürften. Die Militärvorlagen von 1899, 1905 und 1911 nahm es an, die Erinnerung an die Abrüstungsforderung des alten Reichensperger war erloschen.

Der Zolltarif von 1902, dem die Sozialdemokratie mit allen parlamentarischen Mitteln Widerstand leistete, wurde durch das Zentrum in Verbindung mit den anderen agrarischen Parteien

geschaffen. Wieder suchte die Fraktion den Unwillen ihrer west- und süddeutschen Wähler durch eine geschickte Klausel zu beschwichtigen. Nach § 15 des Zolltarifgesetzes muß aus den erhofften Überschüssen, die zu einem Fonds angeammelt werden, bis zum Jahre 1910 eine Witwen- und Waisenversicherung eingeführt werden. Die Frist ist verlängert worden, die erwarteten Summen sind mehrere Jahre nicht eingekommen, es steht heute schon fest, daß auf der Grundlage dieses Zentrumsparagrafen die Hinterbliebenenversicherung nicht zustande kommen kann und wird.

Aber das wichtigste Mittel, die auseinanderstrebenden Teile der Partei zusammenzufügen, blieb immer noch die eifrige Vertretung kirchlicher Interessen. Immer wieder wurde, bei den wichtigsten Anlässen, die Gefahr einer Katholikenverfolgung an die Wand gezaubert.

In den Jahren 1900, 1903, 1905 und 1907 brachte das Zentrum den „Toleranzantrag“ ein, der durch die Reichsgesetzgebung die Religionsfreiheit sicherstellen sollte. Man darf allerdings bezweifeln, ob es allen Mitgliedern der Fraktion sehr ernstlich um die Durchführung der Forderung zu tun war; denn als im Jahre 1910 bei Beratung eines neuen Schulgesetzes die Sozialdemokraten im badischen Landtag beantragten, daß kein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zum Besuch des Religionsunterrichtes gezwungen werden dürfe, stimmte das Zentrum dagegen, darunter auch einige Unterzeichner des Berliner „Toleranzantrags“, aus dem die Sozialdemokraten ihren Antrag entnommen hatten.

Ganz ohne Belohnung für seine Regierungsdienste blieb das Zentrum ja nicht. Am 8. März 1904 wurde der § 2 des Jesuitengesetzes (die Befugnis, einzelne Mitglieder des Ordens auszuweisen) aufgehoben, so daß nur noch die Gründung von Niederlassungen untersagt bleibt.

Mehr noch als in der Gesetzgebung wuchs der Zentrums-einfluß in der Verwaltung. Er äußerte sich besonders in starker Fürsorge für die katholischen Missionen und Kolonialbeamten und führte auch zur Einmischung in innerdienstliche Angelegenheiten.

Dieser Zustand wurde schließlich für die machtstolze Bureaucratie unerträglich, und der Kolonialdirektor Dernburg machte

mit Genehmigung des Reichskanzlers v. Bülow, dessen Stellung damals durch Hofintrigen erschüttert war, den Versuch, das klerikale Joch abzuschütteln.

Wegen einer geringfügigen Meinungsverschiedenheit (das Zentrum wollte für die südwestafrikanische Schutztruppe statt der geforderten 29,22 Millionen nur 20 288 000 Mark bewilligen) wurde am 13. Dezember 1906 der Reichstag aufgelöst und der sogenannte konservativ-liberale „Block“ gebildet, das alte Kartell von 1887, aber unter Einschluß der Linksliberalen. Es gelang den verbündeten bürgerlichen Gruppen, der Sozialdemokratie 36 Sitze abzunehmen und dadurch eine regierungsfreundliche Mehrheit zu gewinnen.

Das Zentrum mußte jetzt wieder seine demokratische Gewandung aus der Kumpfkammer holen und Opposition spielen. Bei der Beratung des Börsengesetzes und des Reichsvereinsgesetzes klangen von seinen Bänken statt der gewohnten regierungsfreundlichen Flötentöne kriegerische Fanfaren. Aber diese Episode dauerte nur zwei Jahre.

Der Reichskanzler Bülow hatte, um die Liberalen dauernd zu fesseln, versprechen müssen, eine Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechtes herbeizuführen und einen Teil der im Reich erforderlichen neuen Steuern den Besitzenden durch eine Erweiterung der Erbschaftsteuer aufzulegen. Beide Maßregeln griffen an die Wurzeln der wirtschaftlichen und politischen Junkermacht. Die Konservativen setzten sich zur Wehr, sprengten den Block und stürzten den Kanzler. Dazu brauchten sie die Hilfe des schmollenden Zentrums, und sie wurde ihnen nicht versagt. Die preussische Wahlreform wurde vereitelt, die Erbschafts- und Nachlasssteuer abgelehnt und eine Reichsfinanzreform nach dem Herzen der Großgrundbesitzer gemacht. Unbekümmert um die Belastung des kleinen Mannes, unbekümmert um das Glend der schlecht gelöhnten Tabakarbeiter und Zündholzarbeiter opferte das Zentrum seinem Machtbedürfnis die Interessen der besitzlosen und mittleren Volksschichten. Seit dem Sommer 1909 geht wieder der Zentrumswagen im alten konservativen Geleise. Nicht die Kleinbauern aus dem Süden, nicht die Arbeitersekretäre aus dem industriellen Westen, sondern die aristokratischen Höflinge und die hohen Beamten bestimmen den Gang der Zentrums-politik.

Die Notwendigkeit, mit den konservativen Protestanten zu politischen Zwecken zusammenarbeiten zu müssen, führte dazu, die „gemeinsame christliche Weltanschauung“ als Bindemittel zu preisen. Dies erregte das Mißtrauen strengkatholischer Kreise, und sie schlugen deshalb vor, den tatsächlich konfessionellen Charakter der Partei auch offen zu bekennen. Am Osterdienstag 1909 einigten sich in Köln zehn Herren, darunter die Abgeordneten Koeren und Bitter, auf folgende Definition des Zentrums:

„Das Zentrum ist eine politische Partei, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Interessen des gesamten Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten.“

Die vereinigten Vorstände der Zentrumsfraktionen des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses und der preußische Landesausschuß wiesen am 28. November 1909 durch eine Erklärung die „fortgesetzten Mißdeutungen“ ab und beanspruchten, „grundsätzlich“ als Vertreter einer „politischen, nichtkonfessionellen Partei“ betrachtet zu werden. Zur Beruhigung der Kirche wird aber eingeschaltet:

„Abgesehen von dem Programm, bietet die Tatsache der Angehörigkeit fast aller ihrer Wähler und ihrer Abgeordneten zur katholischen Kirche genügende Bürgschaft dafür, daß die Zentrumspartei die berechtigten Interessen der deutschen Katholiken auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nachdrücklich vertreten wird. Dadurch verliert aber die Zentrumspartei nicht den Charakter einer rein politischen Partei.“

Wenn auch die Leitung, vorwiegend aus taktischen Gründen, nach außen der Partei politischen Anstrich geben will, im Wesen und im inneren Bau der Organisation zeigt sich die katholisch-konfessionelle Natur des Zentrums. Der Abgeordnete Bitter bekannte freimütig, daß seine Partei eine schwere Niederlage erleiden müßte, wenn bei einer Wahl der Klerus seine Hilfe versagen wollte. Die zahllosen Vereine von katholischen Bauern, Kaufleuten, Handwerksgehilfen, Studenten, Lehrlingen stehen unter geistlicher Oberleitung. An manchen Orten sind die Zentrumsvereine nach Pfarrbezirken eingeteilt, und die Vereinsnachrichten werden oft wie kirchliche Anzeigen behandelt. Welche Bedeutung die Kanzel und der Beichtstuhl für die Verbreitung der Kaplan-

presse haben, ist in zahlreichen Einzelfällen bewiesen worden. Die niederen Geistlichen handeln nicht auf eigene Faust, sondern sie erfüllen nur den Willen der Bischöfe und des Papstes.

Im Jahre 1870 hatten mehrere Kirchenfürsten durch amtliche Erlasse die Wahl von katholischen Zentrumsleuten gefördert. Diese Erscheinung wiederholte sich in späteren Jahren. Der Bischof Gaffner von Mainz schrieb 1897 in einem Fastenhirtenbrief:

„Alle katholischen Männer müssen an den Wahlen sich beteiligen und diese in entsprechender Weise vorbereiten. Ich empfehle insbesondere die Teilnahme an dem Zentrumsverein und an dem Volksverein für das katholische Deutschland, welcher sich die Unterstützung des Zentrums angelegen sein läßt.“

Der Bischof Fritzen in Straßburg verkündete 1906 eine ähnliche Botschaft:

„Sie müssen, wenn Sie das Wahlrecht ausüben, solche Männer wählen, von denen Sie überzeugt sind, daß sie nicht nur fähig sind, Ihre weltlichen Interessen zu vertreten, sondern auch entschlossen sind, gegebenenfalls entschieden für die Rechte der Kirche einzutreten. Es würde eine schwere Pflichtverletzung sein, wenn Sie kirchenfeindlichen Männern Ihre Stimme geben wollten. . . Die deutschen Katholiken haben Zusammenfluß gefunden in einer Parteiorganisation, welche die Bewunderung der ganzen katholischen Welt erregt. Diese festgeschlossene Einheit ist aber auch die beste Bürgschaft für die Zukunft des Katholizismus in Deutschland; denn durch sie besitzt die katholische Kirche in Deutschland die Kraft, den heftigen Angriffen zu trotzen, denen sie ausgesetzt ist.“

Die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands haben politischen Charakter angenommen, sie sind die Zentrumsparadestage geworden. Typisch für die Art, wie dort kirchliche und politische Pflichten vermengt werden, und wie aus der Religion die Notwendigkeit der Zentrumsagitation hergeleitet wird, ist die Rede, die Erzbischof Mörber aus Freiburg am 28. August 1902 auf dem Katholikentag in Mannheim hielt:

„Unsere Parole soll sein praktischer Katholizismus: praktischer Katholizismus, meine Herren, der, wenn die Glocken läuten, in die Kirche geht, um Gott die Ehre zu geben; praktischer Katholizismus, der auch in der Familie die Pflichten übt, die Glaube und Religion uns auferlegen; praktischer Katholizismus, der gegebenenfalls auch mit dem Stimmzettel in der Hand dazu mitwirkt, daß die christliche Weltanschauung zur Geltung und überall zur Herrschaft kommt.“

Es ist hier das Bekenntnis zum Zentrum als ein Teil der katholischen Glaubenspflicht behandelt; in der Kleinagitation wird dieser Gedanke noch vergrößert und der Zentrumsstimmentzel geradezu als die Eintrittskarte zum Himmelreich angepriesen. Daß in manchen Sesssionen einige Renommierfehler, meist Welsen, als Hospitanten der Fraktion des Zentrums angehörten, war niemals von Einfluß auf die Haltung des Zentrums und schafft nicht die erdrückenden Beweise aus der Welt, die für seine konfessionelle Natur sprechen. Häufig werden vom Zentrum zum Nachweis seiner Unabhängigkeit die Vorgänge von 1887 angeführt. Bismarck wandte sich an den Papst mit dem Ersuchen, auf das Zentrum einzuwirken, das die Heeresvorlage (Septennat) ablehnen wollte. Leo XIII., der sich kirchenpolitische Vorteile davon versprach, ließ durch den Münchener Nuntius di Pietro an die Zentrumsführer schreiben, sie würden „durch Unterstützung des Septennats dem Heiligen Vater eine große Freude bereiten“. Windthorst und Freiherr v. Frankenstein machten von dem Briefe nur den Mitgliedern der Militärkommission, nicht der ganzen Fraktion, Mitteilung. So erfolgte die Ablehnung der Vorlage und die Auflösung des Reichstags. In einem zweiten Schreiben vom 21. Januar 1887, das den Willen Roms kundgibt, wird der Baron v. Frankenstein „beauftragt, die Abgeordneten des Zentrums davon in Kenntnis zu setzen“.

Der Wahlkampf wurde im Zeichen der Gegnerschaft gegen die Militärvorlage geführt; aber als im neuen Reichstag am 11. März 1887 die Entscheidung fiel, enthielt sich das Zentrum der Stimme, offenbar aus Rücksicht auf den Wunsch des Papstes.

Um seine Abhängigkeit von der Kirche zu verdecken, nennt sich das Zentrum eine soziale Partei. Wichtig ist, daß es für Arbeiterschutz und -versicherung, wenn auch in stark verwässerten Anträgen, eintrat, während es gleichzeitig durch seine Zollpolitik Fleisch und Brot verteuerte und durch seine Steuerpolitik die Massen schwer belastete. Der Bischof Ketteler von Mainz, der in den siebziger Jahren und schon früher Berücksichtigung der wirtschaftlichen Forderungen des Industrieproletariats befürwortete, war stark von Lassalle beeinflusst. Die soziale Bestimmung der Partei wird aber begrenzt durch ihre agrarische Grundstimmung. Wenn es sich um die Landarbeiter handelt, geht das Zentrum Hand in Hand mit dem Ostelbierum.

Am 24. Mai 1889 stimmte das Zentrum, mit Ausnahme von 13 Mitgliedern, gegen das Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung. Die Ablehnung wurde unter anderem damit begründet, daß das Gesetz auch auf die Landwirtschaft, das Handwerk und Gesinde ausgedehnt war und daß ein Reichszuschuß (50 Mark jährlich zu jeder Rente) gegeben werden sollte.

Als das Gesetz gegen den Willen des Zentrums doch zustande gekommen war, beantragte es am 28. April 1890 die Beseitigung des Reichszuschusses und die Aufhebung des Versicherungszwanges für die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks, der Kleingewerblichen Betriebe und für das Gesinde.

Als am 10. Mai 1899 Freiherr v. Stumm beantragte, im Anschluß an die Invalidenversicherung solle „die Witwen- und Waisenversicherung für die versicherten Personen“ eingeführt werden, wandte sich das Zentrum gegen die vorgeschlagene Resolution, weil es keine Reichsmittel für die Zwecke der Hinterbliebenenversicherung verwenden wollte.

Bei der Beratung des Solltarifgesetzes von 1902 beantragte dann allerdings der Abgeordnete Trimborn, daß ein Teil der Mehrzollerträge zur „Durchführung der Witwen- und Waisenversorgung“ aufgespart werden solle. Aber da gleichzeitig das Zentrum mit Konservativen und Nationalliberalen die Bestimmungen über die Ausfuhrsteuer schuf, floß das Geld nicht in die Waisenkasse, sondern in die Taschen der Großgrundbesitzer. Statt etwa 500 Millionen Mark fanden sich am 1. Januar 1911 nur 47 Millionen in dem Sparfonds.

Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung stimmte das Zentrum gegen das Selbstverwaltungswort der Arbeiter in den Krankenkassen. Bevormundung, nicht Befreiung der Proletarier will die Kirche und ihre politische Vertretung. „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben,“ sagte der Erzbischof Henle von Regensburg in der bayerischen Reichsratskammer; dieser Satz charakterisiert den sozialpolitischen Geist des Zentrums.

## Nationalisten und Partikularisten.

### I.

In den Grenzgebieten, im Osten, Norden und Westen Deutschlands haben die fremdsprachlichen Minderheiten Parteien gebildet, um ihre nationale Eigenart zu verteidigen.

### Die Polen.

Die Versuche der preussischen Regierung, durch Sprachenverbote, Ansiedlung deutscher Bauern, überhaupt durch alldeutsche Ostmarkenpolitik die polnische Bevölkerung zu germanisieren, sind gescheitert. Gemeinsame Religion, gemeinsame Sprache, gemeinsam erduldeten Verwaltungsschikanen haben die polnische Bevölkerung immer enger zusammengeschmiedet. Ihre Abgeordneten sind gewählt in den Provinzen Posen, Schlesien und Westpreußen. Aber auch in den westlichen Industriebezirken, in der Rheinprovinz und Westfalen, erzielten ihre Kandidaten erhebliche Stimmzahlen. Sie hatten von der Reichsgründung bis 1878 nur 14 Sitze, stiegen 1881 auf 18 und erlangten 1907 20 Mandate und 453 858 Stimmen. Ihre Haltung war bis 1890 oppositionell. Als aber unter dem „neuen Kurs“ die Polenpolitik Caprivi's mildere Saiten aufzog, bewährten sie sich einige Jahre als Gefolgschaft der Regierung. In wirtschaftlichen Fragen (zum Beispiel Schutz Zoll, Reichsfinanzreform von 1909) gehen sie fast immer mit dem Zentrum. In rein politischen Angelegenheiten haben sie keine festen Grundsätze; eine demokratische und eine aristokratische Richtung kämpft bei ihnen um die Herrschaft, ähnlich wie bei dem Zentrum. Sie stimmten im Jahre 1911 gegen die Heizerzulage mit den Konservativen und wagten nicht, bei der Beratung des Wertwachstumssteuergesetzes sich gegen die Steuerfreiheit der Fürsten zu erklären. Zuverlässig erwiesen sie sich bisher nur in der Stellung gegen Ausnahmegeetze, da sie selbst auch unter Ausnahmebestimmungen (Bereinsgesetz, Enteignungsgesetz) zu leiden haben.

### Die Dänen.

Die Dänisch sprechende Bevölkerung Nordschleswigs wehrt sich ebenfalls gegen die läppische preussische Verwaltung, die durch Ausweisungen und andere Schikanen das Deutschtum aus-

breiten will. Es ist nur ein dänischer Abgeordneter gewählt, der in wirtschaftlichen und politischen Fragen meist mit den Linksliberalen geht.

### Die Elfaß-Lothringer.

Elfaß-Lothringen stand bis 1874 unter der Diktatur der Groberer. Französische Inschriften an Schildern und Häusern wurden beseitigt und französische Zeitungen verboten; die französische Sprache in den Schulen wurde zurückgedrängt. Dazu kam der Kulturkampf und der abstoßende Unteroffizierenton der preussischen Verwaltungsbeamten. Als im Jahre 1874 dem „Reichsland“ eine Vertretung von 15 Reichstagsabgeordneten gewählt wurde, war es selbstverständlich, daß 15 Protestler gewählt wurden. Sie legten gemeinsam Protest gegen die Annexion des Landes ein und verlangten, daß die Bevölkerung Elfaß-Lothringens selbst über ihr Schicksal entscheide. An den Beratungen und Arbeiten des Reichstags beteiligten sie sich dann nicht mehr.

Aber schon 1877 wurden fünf Abgeordnete der sogenannten „Autonomistenpartei“ gewählt, die sich nicht auf den Protest beschränkte, sondern auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse möglichst weitgehende Selbstverwaltung für das Land erstrebte. Ihren Sitz hatte die neue Bewegung in Niederelfaß, wo die Bevölkerung zum größten Teil protestantisch und Deutsch sprechend ist.

Das katholische und in der Mehrheit Französisch redende Lothringen und das größtenteils katholische Oberelfaß verharren im Protest. Sie lehnten es auch ab, an den Bezirkstagsarbeiten sich zu beteiligen. Im Jahre 1874 nahmen 15 Bezirke keine Wahl vor; in vielen anderen Bezirken weigerten die Gewählten die Teilnahme an den Beratungen. Nur Niederelfaß machte eine Ausnahme.

Die Regierung setzte 1877 einen Landesausschuß von 30 Delegierten ein, dem sie Budgetrechte gab, und der erste Statthalter (Manteuffel) begann mit versöhnenden Maßnahmen. Als aber die Ausöhnung nicht so rasch ging, wie er es gehofft hatte, wurde (1884) wieder die alte Unterdrückungspolitik begonnen. Die Folge war, daß 1887 die Zahl der Protestlerstimmen von 165 000 auf 233 000 anschwoll, denen alle 15 Sitze



zufielen. Zur Strafe wurde eine sinnlose Verfolgung aller Vereine, die der Franzosenfreundschaft verdächtig waren, begonnen. Die Trifolore wurde verboten. Von allen Reisenden, die über die französische Grenze gehen wollten, wurde ein Paß verlangt, um den Verkehr mit Frankreich zu erschweren. Dem Statthalter wurde diskretionäre Gewalt übertragen. Der Paßzwang wurde zwar 1891 abgeschafft, aber der Diktaturparagraph bestand noch bis 1902.

Seit 1890 gelang es den deutschen politischen Parteien, Eingang in Elsaß-Lothringen zu finden, zuerst den Sozialdemokraten, dann auch dem Zentrum, den Liberalen und den Konservativen. Das alte Protestlerium existiert nicht mehr. Ihnen am nächsten steht noch das elsass-lothringische Zentrum. Sie verlangen Gleichstellung der eingeborenen Bevölkerung mit den Altdeutschen. „Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern!“ Die Hauptvertreter dieser Gruppe sind die katholischen Geistlichen Wetterlé und Delsor. Eine „Unabhängige lothringische Partei“ verlangt auf dem Boden der Reichsverfassung Gleichstellung Elsaß-Lothringens mit den Bundesstaaten des Reiches, Förderung des Unterrichtes in der französischen Sprache und „Aufrechterhaltung des lothringischen Partikularismus.“

## II.

In einigen deutschen Ländern, deren staatliche Selbständigkeit durch die Ereignisse von 1866 verloren ging oder eingeschränkt wurde, bildeten sich partikularistische Protestparteien.

### Die Welfen.

Unter Führung des eingeseffenen Adels, der dem verjagten Königsgelecht die Treue hält, verlangt die deutsch-hannoversche Rechtspartei „die Aufhebung der Annexionen“. Sie hatten 1871 nur 4 Vertreter, erlangten 1884 und 1890 11 Sitze, gingen aber bis 1907 wieder auf 2 Mandate zurück. Seit Windthorst's Zeiten gehören die Welfen als Hospitanten und Renommierprotestanten zum Zentrum. Es gibt daneben noch eine heftige und eine mecklenburgische Rechtspartei, die aber im Reichstag nicht vertreten sind. Die welfische braunschweigische Rechtspartei hat einen Abgeordneten, der sich der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ angeschlossen.

### Der bayerische Bauernbund.

Diese partikularistische Partei erstrebt Aufrechterhaltung der übrigens gar nicht gefährdeten „bayerischen Selbständigkeit“. Die wirtschaftlichen Forderungen sind agrarisch-erb, so zum Beispiel: „Bestrafung der Weinpantfäheri als Betrug mit Zuchthaus und Vermögenskonfiskation“. Im Gegensatz zum Zentrum lehnen sie „weitere Steigerung der Militärlasten“ ab. Die Abgeordneten gehören der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ an.

### Die Liberalen.

Nachdem am 30. Mai 1849 das Wahlgesetz für das preussische Abgeordnetenhaus in verfassungswidriger Weise verschlechtert worden war, beschloffen die Demokraten, sich dauernd der Wahl zu enthalten. Den äußeren Anlaß hierzu boten die vielen Verfolgungen, denen die oppositionellen Teile der Bevölkerung ausgesetzt waren. Nach und nach aber machten sie aus der Not eine Tugend und erklärten es für unwürdig, von dem Dreiklassenwahlrecht Gebrauch zu machen. Die gemäßigten Liberalen dagegen, die sogenannten „Konstitutionellen“, nahmen zwar am politischen Leben teil, wurden aber bald durch die Konservativen fast vollständig zurückgedrängt. Dies änderte sich unter der sogenannten „neuen Ara“, die mit der Regentschaft Wilhelm's begann. Dem zur Regierung berufenen klassliberalen Ministerium entsprach eine Kammermehrheit der gleichen Farbe. Auch die Demokraten gaben jetzt die Abstinz auf, hielten sich aber im Abgeordnetenhaus zunächst zurück, um die Stellung der neuen Minister nicht zu erschweren. Die Erstarkung der liberalen Bewegung äußerte sich auch durch die Gründung des Nationalvereins, einer großen Organisation, die sich über ganz Deutschland erstreckte und sowohl Demokraten wie Konstitutionelle umfaßte.

Die Hoffnungen, die auf das liberale Ministerium der neuen Ara gesetzt waren, erfüllten sich nicht. Ludolf Parisius faßt sein Urteil über diese Periode der preussischen Politik und über die Rolle, die von den sogenannten Altliberalen gespielt wurde, in folgende Worte zusammen: „Nach außen unklar und schwankend, in der deutschen Frage unentschieden und mutlos, hatte es (das